Nr. 255 | Halle (Saale), Donnerstag den 30. Oktober 1913 | 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,65 Mark ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.
Schriftleitung: Harz 42/43. Fernsprecher 886 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6 gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf.
Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.
Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/43. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Kommunale Republik.

Die freie Gemeinde mit freiem Wahlrecht.

Die moderne Entwicklung hat die festen Umwallungen der mittelalterlichen Städte niedergerissen. Stadt und Land zu einem einheitlich gefestigten politischen Gebilde zusammengeschweißt und auf den Trümmern der Stadtgewalt die moderne Staatsgewalt begründet. Mit dem Verfall des lokalen Marktes und seines Zunftrechts hört die Stadtgemeinde auf, für den Bürger ein Gegenstand von hohem politischen Interesse zu sein, seine wirtschaftliche Existenz wurzelt nicht mehr in dem Boden, auf dem sein Haus steht, sondern sie saugt aus der Volks- und Weltwirtschaft ihre Kräfte.

Erst die drei Bundesgenossen der neuesten Zeit, die Wissenschaft, die Technik und die Arbeiterklasse haben dem politischen Gemeinwesen der Stadtgemeinde neue bedeutsame Aufgaben zugewiesen. Im achtzehnten Jahrhundert und bis weit in das neunzehnte hinein waren die Städte nach J. J. Rousseau gefräßige Rachen, die das menschliche Geschlecht verschlangen. Die Zahl der Todesfälle überstieg weitaus die der Geburten. Die Wissenschaft der Hygiene hat der gemeindlichen Tätigkeit zum erstenmal wieder große Aufgaben von allgemeinem Interesse zugeteilt. Teils zur Bewältigung dieser Aufgaben, teils zur Befriedigung anderer allgemeiner Bedürfnisse, wie jener des Verkehrs, der Beleuchtung u. a., hat die moderne Technik ein gewaltiges, zentralisiertes System geschaffen, daß wir vorerst unter privatkapitalistischer Verwaltung finden, dessen Pflege und Ausbreitung aber mehr und mehr als ein Politikon erkannt wird. Und wenn auch Verstaatlichungen allerlei Art unter bürgerlicher, staatlich beschränkter Gemeindeherrschaft vorgenommen werden, so entspringen sie doch jener wirtschaftlichen Notwendigkeit, die erkannt zu haben das Verdienst der Arbeiterklasse ist. Jeder Versuch, wirtschaftliche Vorgänge der Einzelwillkür zu entziehen und sie aus einem politischen Gesamtwillen zu regulieren, kommt, bewußt oder unbewußt, der proletarisch-sozialistischen Gedankenrichtung entgegen.

So stellt sich allmählich heraus, daß die Stadtgemeinde im wirtschaftlichen Leben der Nation wieder ein gewichtiger Faktor wird. Sie ist zwar nicht mehr ein geschlossener Markt, auf dessen engem Gebiete sich der Großteil aller Produktionen und Konsumtionen in geschlossenem Kreise vollzieht; in ihren Wohnstätten leben Menschen, deren Arbeitserzeugnisse in fernen Staaten oder fernen Erdteilen verbraucht werden und deren Tätigkeit die bunteste Musterkarte aller Möglichkeiten aufweist. Aber so verschieden die einzelnen in ihrer Produktion gerichtet sind, so gleichgerichtet sind sie in ihren Bedürfnissen. Die ungeheure Ansammlung von Menschen an einem bestimmten Orte schafft wieder einen lokalen Markt von erheblicher Bedeutung, der zwar nicht zünftlerisch abgeschlossen ist, in dessen Adern vielmehr der Herzschlag der Weltwirtschaft pulsiert, der aber doch in hohem Maße von dem politischen Willen der Gemeinde geregelt und beeinflußt werden kann.

Für das Bürgertum ist die Frage der Selbstverwaltung nicht aktuell. Das Aufsichtsrecht des Staates kann unter den gegenwärtigen Umständen nichts anderes sein als ein Teil jenes doppelten Sicherheitsschlosses, von dem das Dreiklassen-Wahlrecht der andere Teil ist. Es ist darum nicht wunderbar, daß die verkommenen Erben eines freien Bürgertums, die herrschenden Klassen der Gemeinde, sich heute in hündischer Demut vor der allmächtigen Staatsgewalt verzehren. Für das Bürgertum ist das Selbstverwaltungsrecht auch keine Frage des Prinzips. Dem herrschenden kapitalistischen Gemeindeklüngel kann es ja schließlich gleich sein, wie sich das große und das kleine Klassenregiment in die Besorgung ihrer Geschäfte teilen.

Aber in dem Augenblick, in dem etwa ein freieres Gemeindewahlrecht die Gemeinde zu einem Instrument der Proletarierklasse und ihrer Bestrebungen machen würde, würde das Bürgertum ganz gewiß sofort nach der Staatsfuchtel schreien. Und wenn es umgekehrt möglich wäre, daß der proletarische Standpunkt im Staat obsiegte, während die Gemeinden unter der alten Klassenherrschaft verblieben, dann würde das „Recht der Selbstverwaltung" von seinen kapitalistischen Nutznießern als ewiges und unveräußerliches Menschenrecht geltend gemacht werden. Haben wir es doch schon im kleinen erlebt, daß die Hausherren, die Beherrscher der preußischen Gemeinden außer sich vor Entrüstung gerieten, weil das Reich, das gar nicht an sozialistische Grundsätze dachte, seinen Beamten billige Wohnungen zu schaffen versuchte! Würden sich Staat und Reich in dieser Richtung jemals über einen ersten schüchternen Schritt hinauswagen, würde insbesondere der preußische Staat von seinen weitgehenden Herrschaftsrechten jemals in antikapitalistischem Sinne Gebrauch zu machen versuchen, so würde diese Entrüstung sicherlich ins Ungeheure steigen.

Erst das Proletariat ist dazu berufen, die Gemeinde aus ihrer Ohnmacht zu erwecken. Es kämpft für das weitestgehende Selbstverwaltungsrecht, weil nach seiner Auffassung die Gemeinde ein wirtschaftlicher Körper von hoher Selbständigkeit und bestimmter Eigenart ist. Aber es weiß auch, daß von einer „Selbstverwaltung" nicht die Rede sein kann, wenn die Angelegenheiten der Gemeinde nicht von der Masse ihrer Einwohner selbst, sondern von einer kleinen besitzenden Schicht im angeblichen Interesse der Gesamtheit verwaltet werden. Die freie Gemeinde mit freiem Wahlrecht, die den Kreis ihrer eigenen Angelegenheit selbständig und ohne staatliche Eingriffe erfüllt, die kommunale Republik, ist ganz gewiß keine Utopie, wenn sie auch ebenso gewiß im besseren Sinne des Wortes ein gutes Stück „Zukunftsstaat" ist. Es zeigt sich hier deutlich, daß das nächstliegende praktische und realisierbare Interesse des Proletariats unvereinbar ist mit dem kapitalistischen Interesse und dem Bestande der Klassenherrschaft.

Die programmatischen vorläufigen Forderungen, die die Sozialdemokratie an die Gemeinde stellt, sind nichtsdestoweniger durchführbar ohne grundstürzende Aenderungen in der Gemeindeverfassung. Aber selbst bei den weitergehenden Forderungen, die wir an die Gemeinde selbst, und bei denen, die wir bezüglich der Gemeinde an den Staat erheben, zeigt sich sehr scharf, daß die Wünsche und Ziele der Arbeiterschaft keineswegs als unerreichbares Traumgebilde irgendwo in den Wolken hängen, daß vielmehr zu ihrer Erreichung nichts gehört als die Ueberwindung jener Schranken, die ihr menschliches Einzelinteresse in den Weg gestellt hatten. Und kann heute auch niemand voraussagen, mit welchen Mitteln und in welchem Zeitpunkt die vollkommene Beseitigung jener Schranken, die ihr menschliches Einzelinteresse in den Weg gestellt hatten. Und kann heute auch niemand voraussagen, mit welchem Mittel und in welchem Zeitpunkt die vollkommene Beseitigung jener Schranken gelingen wird, so ist doch das eine klar genug: Der Weg zur freien Gemeinde geht über den Staat, über den preußischen Landtag!

Gegen die Ortskrankenkassen!

Ebenso interessant wie notwendig ist es, zu beobachten, wie die Staatsbureaukratie ihren heimlichen Wünschen auf Umwegen zuschleicht, wenn sie direkt nicht zu verwirklichen waren. Hiervon zeugen wiederum die Maßnahmen, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, von der preußischen Regierung gegen die arg verkrüppelte Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen geplant sind. Preußen strebte eigentlich von jeher nach der Verstaatlichung, mindestens nach der Kommunalisierung der Ortskrankenkassen. Regierungsrat Hoffmann vom preußischen Handelsministerium versuchte bekanntlich schon 1900 haarscharf nachzuweisen, wie es innerstes Bedürfnis der Krankenversicherung sei, die zu zentralisierenden Ortskrankenkassen an die Gemeindeverwaltungen anzugliedern, den Kassenvorsitzenden aus der Zahl der Kommunalbeamten zu ernennen und die Angestellten durch die Gemeinden, natürlich auf Kassenkosten, zu bestellen. Das war nun mit der Reichsversicherungsordnung nicht zu erreichen. Selbst die Unternehmer wehrten sich gegen solche Entmündigung. Sie ließen sich von der Regierungsbureaukratie aber auf den Leim locken, als jene Bestrebungen gut verhüllt wurden in der Gewährung weitgehender Einflüsse und Befugnisse an die Arbeitgebervertretung auf Kosten der Versicherten. Denn die jetzt vorgeschriebene Wahl des Kassenvorsitzenden und der Angestellten durch die getrennte Abstimmung der Unternehmer und Arbeiter im Kassenvorstande spekuliert auf die Uneinigkeit beider Gruppen, damit dann recht oft die Versicherungsbehörden Vorsitzende wie Angestellte ernennen können.

Das mag für den Anfang nicht viel sein, spornt aber um so mehr Preußens Tatendrang an. Neuerdings zeigt man sich den Krankenkassen sogar — gefällig und richtet eine „staatliche Stellenvermittlung" ein, damit sie ja nicht Mangel leiden an „geeigneten" Bewerbern. Noch ist also die Ernennung des Kassenvorsitzenden nicht die Regel, aber den Militäranwärtern und pensionierten Offizieren — wo soll man hin mit dieser Massenware, nachdem sich selbst Industrie und Handel für den Kommisleutnant bedanken? — baut man recht emsig den Weg bis zu den Kassenstellungen.

Solcher Verpreußung der Ortskrankenkassen soll jetzt eine weitere Maßnahme dienen. Preußens Regierung wird demnächst das „Muster" einer Dienstordnung herausbringen, die nach dem Gesetz für die Kassenangestellten geschaffen werden muß. Zwei Punkte in der preußischen Dienstordnung sprechen eine deutliche Sprache dafür, wie mit allen Mitteln versucht wird, die Macht der staatlichen Versicherungsbehörden auf Kosten der verringerten Selbstverwaltung dominierend auszugestalten. Das sind die Vorschläge für

1. einen Prüfungsausschuß und
2. die Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt.

Das preußische Handelsministerium möchte den Krankenkassen einen Prüfungsausschuß vorschreiben, vor dem jeder Angestellte, der angestellt oder befördert werden soll, seine fachliche Befähigung zu erbringen hat. Solche Prüfungen hat man allerdings schon in einigen großen Kassen. Aber — und das ist der springende Punkt — hier prüfte der Kassenvorstand unter Mitwirkung leitender Angestellten. Nunmehr soll aber der Prüfungsausschuß durch die Dienstordnung überall geschaffen und wie folgt besetzt werden: ein Vorstandsmitglied, ein Angestellter und ein Vorsitzender, den aber das Versicherungsamt, also die Behörde, bestellt! Die Amtsdauer wird gleich auf sechs Jahre hochgeschraubt. Das Verfahren des Prüfungsausschusses und den Gang der Prüfung soll eine Prüfungsordnung regeln, die wiederum von einer behördlichen Stelle, dem Oberversicherungsamt, zu genehmigen wäre. Dem Vorstande ist damit jegliche Selbständigkeit bei der Auswahl der Angestellten genommen, denn er könnte nur noch solche Arbeitskräfte anstellen, deren Anstellung auf dem Wege der Prüfung ihm von dem ernannten Vorsitzenden des Prüfungsausschusses erlaubt wird. Der Vorsitzende soll nämlich autorisiert werden, jeden Beschluß des Prüfungsausschusses beim Versicherungsamt zu beanstanden. Ueber diese Beanstandung entscheidet alsdann der Vorsitzende des Versicherungsamtes endgültig; also auch die hier amtierenden Vertreter der Arbeiter und Unternehmer werden ausgeschaltet.

Gelänge dieser Anschlag, dann — ade Selbstverwaltung! Deshalb muß sich die breiteste Oeffentlichkeit mit diesem dreisten Vorstoß beschäftigen, um die Staatsbureaukratie in ihre Grenzen zurückzuweisen.

Es ist um so mehr ein dreister Vorstoß, weil für solchen Prüfungsausschuß aber auch jegliche gesetzliche Unterlage fehlt. Das bekräftigt den Verdacht, daß es sich dabei um Erlangung eines Zieles dreht, das solche Taten lohnt. Und wahrhaftig, auf solchem Wege den Kassenverwaltungen die Militäranwärter an den Hals zu hängen — das ist ein Preis, für den man eine kleine Bloßstellung in den Kauf nehmen würde!

Interessant wird sein, wie die Unternehmer diese Absichten aufnehmen werden. Nach Tische wird hier auch ihnen zu verstehen gegeben, daß sie ebenso wenig Vertrauen verdienen, wie die roten Arbeitervertreter.

Daß das Versicherungsamt so tatsächlich zum Beherrscher der Ortskrankenkassen werden würde, genügt augenscheinlich noch nicht. Auch die vorhandenen Angestellten, die den famosen Prüfungsausschuß nicht mehr zu passieren brauchten, sollen untertan sein der Behörde. Deshalb möchte man sie zu Staatsbeamten machen. Hierfür soll § 359 der Reichsversicherungsordnung herhalten. Ein Kassenvorstand kann danach „Beamte auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt anstellen". In der Reichstagskommission erläuterte das ein Regierungsvertreter so: „Der Entwurf setze hier die Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt nicht in Gegensatz zu der lebenslänglichen oder der unwiderruflichen Anstellung. Die Ausdrucksweise des Entwurfs nehme nur darauf Rücksicht, daß in einzelnen Bundesstaaten die Anstellung auf Lebenszeit nicht üblich sei; sie werde dort durch eine unwiderrufliche Anstellung oder eine Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt ersetzt. Auch bei der lebenslänglichen und der unwiderruflichen Anstellung werde regelmäßig ein Ruhegehalt gewährt." Diese Auslegung war für die Zustimmung des Reichstags ausschlaggebend. Daraus ergibt sich, daß mit den Worten „Anrecht auf Ruhegehalt" materiell dasselbe gesagt wird wie mit der Anstellung auf Lebenszeit, daß es nur eine Aufzählung der in den Bundesstaaten verschiedenen Benennungen ist. Was möchte aber Preußen daraus machen? Es legt die angezogene Gesetzesstelle so aus, daß die Landesregierung berechtigt wäre, alle die Angestellten zu staatlichen Beamten zu machen, die von ihrer Kasse pensionsberechtigt, wenn auch auf Kündigung, also nicht lebenslänglich, angestellt sind. Solche Auffassung verstößt aufs schärfste gegen die angezogene ausdrückliche Erklärung der Reichsregierung in der Reichstagskommission. Aber weil es nicht zu seinen reaktionären Wünschen paßt, will Preußen sich über das Wort der Reichsregierung hinwegsetzen, möchte es deren entscheidend gewesene Erklärung beiseite stoßen. Vielleicht überlegt es doch einmal die unvermeidlichen Konsequenzen, die gezogen werden müssen, wenn selbst Bundesregierungen sich nicht mehr gebunden erachten an derartige Versicherungen der Reichsregierung. — Zunächst allerdings steht fest, daß das preußische Handelsministerium eine soziale Einrichtung zum besten von Angestellten als Strangulationsmittel gegen die Selbstverwaltung ausnützen möchte.

Preußen zieht systematisch Laufgräben um Laufgräben um die arg eingeschränkte Selbstverwaltung. Die Arbeiter und die Kassen werden sich nicht überraschen lassen, sondern aus den Plänen die Abwehrmaßnahmen treffen, die ihre Selbstverwaltung vor preußisch-deutschem Zugriff sichert.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 29. Oktober 1913.

Keine Arbeitslosenversicherung.

Das ist die Antwort, die die Regierung auf das stürmische Verlangen der Arbeiter nach einer gesetzlichen Reichsarbeitslosenversicherung geben wird! Wie die Berl. Volkszeitung erfährt, wird sich der Reichskanzler oder in seinem Auftrage der Staatssekretär des Reichsamts des Innern auf die sozialdemokratische Interpellation über die Einführung der Arbeitslosenversicherung ablehnend äußern. Unter den Regierungen der Bundesstaaten herrsche Uebereinstimmung darüber, daß „aus verschiedenen Gründen" an die Verwirklichung einer so großen gesetzgeberischen Aufgabe jetzt nicht herangetreten werden könne.

Das ist immer so. Wird von der Sozialdemokratie während der ruhigen Zeit eine fürsorgende Gesetzgebung gefordert, so heißt es, es liege gar kein Bedürfnis vor, die Sozialdemokratie stelle nur „perfide und phantastische Forderungen" (Worte Bülows), um im Volke hetzen zu können. Pocht aber dann die Not mit knöchernem Finger dröhnend an die Tür, dann heißt es, nun könne nichts geschehen, weil man keine Unterlagen habe, erst Erhebungen machen müsse, die Sache an formellen Schwierigkeiten scheitere und überhaupt nicht übers Knie gebrochen werden dürfe. Das Ergebnis ist immer: es geschieht nichts! Die Arbeiter werden auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen, müssen also aus ihren mühsam abgedarbten Gewerkschaftsgroschen die Arbeitslosen unterstützen, während die Reichen mit keinem Pfennig zu den Opfern beisteuern brauchen, die ihr kapitalistisches Profitsystem den Arbeitern auferlegt.

An aufreizender Wirkung dürfte wohl aber diese brüske Abweisung der Regierung — falls sie zutreffen sollte — ihresgleichen suchen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621913l030-16/fragment/page=0001

Schlußsitzung der Fleischnot-Untersuchungskommission.

Das Regierungblatt schreibt: Die Fleischenquete-Kommission trat Dienstag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Delbrück zu ihrer Schlußsitzung zusammen. Aus den bisherigen Verhandlungen haben sich als Hauptpunkte ergeben die Fragen über den Verlauf des Viehhandels, die Verhinderung der Schlachtung unreifer Kälber, den Einfluß des Kreditwesens mit seinen wirtschaftlichen Abhängigkeiten und die Lage des Fleischergewerbes. Dann werden behandelt der Einfluß der mannigfaltigen Gebühren auf die Preisbildung, die Versuche, mit Stadtverwaltungen zum Abschluß mehrjähriger Lieferungsverträge für Schweine zu gelangen, ferner die Erfahrungen der Städte mit den sogenanten Notstandsmaßnahmen seit dem Herbste 1912. Später soll der Wert eines Anschlags der Preise im Metzgerladen erörtert werden. Den Abschluß wird die Frage nach der Veröffentlichung des gesamten Materials bilden.

Daß nun etwas geschieht, ist gar nicht vorgesehen. Die Kommission hat nur „untersucht". Es ist nicht einmal sicher, daß das Material veröffentlicht wird.

Fürstenmacherei.

Die deutschen Fürsten arbeiten mit Hochdruck an der Vermehrung ihrer Zahl und ihrer glänzenden Zivillisten. Eben erst hat durch Anheirat das braunschweigische Volk einen neuen richtiggehenden Herzog zudiktiert erhalten, da gibt's nun auch schon wieder im Süden einen neuen — König. In der Dienstagsitzung des bayerischen Landtags, in der zweiten Kammer, verkündete der Präsident den Eingang der sogenannten „Königsvorlage", deren Wortlaut er verlas. Die Vorlage und ihre Begründung bringt folgende Ergänzung der Verfassung:

Ist die Reichsverwesung wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens des Königs, das ihn an der Ausübung hindert, eingetreten und besteht nach Ablauf von zehn Jahren keine Aussicht, daß der König regierungsfähig wird, so kann der Regent die Regentschaft für beendigt und den Thron als erledigt erklären. Der Landtag ist unverzüglich einzuberufen; es sind ihm die Gründe, aus denen sich die dauernde Regierungsunfähigkeit ergibt, zur Zustimmung anzuzeigen.

Die Vorlage wird bereits am Donnerstag in zwei Lesungen von der Abgeordnetenkammer erledigt werden. Die Liberalen haben in einer Fraktionssitzung bereits ihre Zustimmung erklärt.

Damit wird Bayern bald genug den regierenden Ludwig als „legitimen König" auf dem Throne haben. In der Begründung der Verfassungsänderung heißt es: „Ob der Regent die Regentschaft für beendigt erklärt, steht nach den vom Entwurf gemachten Vorschlägen in der freien Entschließung des Regenten. Es ist seinem Ermessen anheim gegeben, die Regentschaft zu beendigen, wenn er den Zeitpunkt dafür im Interesse des Staates für gekommen erachtet."

Das „Interesse des Staates" heißt hier natürlich Interesse des Königshauses. Im übrigen aber ist bei der ganzen Frage wieder der Regent letzten Endes der allein Entscheidende. Das Volk ist immer nur der duldende Teil. Es hat die Kosten zu tragen.

In Braunschweig zeigt sich das ebenfalls mit besonderer Deutlichkeit. Just die allererste Vorlage, die den neuen Herzog begrüßt, ist die Lohnvorlage. Dem braunschweigischen Landtage, dessen Wahlrecht so brutal ungerecht ist, daß die stärkste Partei, die Sozialdemokratie, daraus ausgeschlossen ist, hat man eine Vorlage gemacht, die für den neuen Herzog eine Zivilliste von jährlich 1 125 322 Mark und 66 Pfennig vorsieht. Daß diese „Volksvertretung" diese Zumutung schlucken wird, ist selbstverständlich. Sie schreit dabei noch Hurra.

Ums Wahlrecht in Preußen und Bayern.

Zwei Meldungen liegen vor:

1. Das preußische Dreiklassenparlament wird am 8. Januar 1914 zusammentreten. Von größeren Vorlagen werden dem Landtage zugehen: Das Fischereigesetz, das Parzellierungsgesetz und ein Fideikommißgesetz. Dagegen ist es noch fraglich, ob dem Landtage auch das Wohnungsgesetz noch in der kommenden Session zugehen wird. — Von der Wahlreform ist natürlich nirgends die Rede, obgleich diese „Volksvertretung" nichts weiter tun dürfte, als ein gutes Wahlgesetz zu machen und dann für Neuwahlen abzutreten. Aber ehe in Preußen die Wahlreform marschieren wird, werden erst die entrechteten Volksmassen marschieren müssen.

2. Um das Proportionalwahlrecht in Bayern. Die bayerischen Liberalen wollen, um endlich ein gerechtes Wahlrecht durchzusetzen, das allen Parteien die ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Parlament gewährleistet, nötigenfalls zur Budgetverweigerung greifen. Ein Vertretertag der liberalen Arbeitsgemeinschaft, der dieser Tage in Passau stattfand, beschäftigte sich mit der Wahlrechtsbewegung. Der fortschrittliche Abgeordnete Müller-Meiningen gab die Erklärung ab, daß trotz der Aussichtslosigkeit der Wahlrechtsbewegung unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im bayrischen Landtage die Liberalen am ihren Forderungen festhalten. Es wurde daraufhin die folgende Resolution beschlossen:

Die liberale Fraktion wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß baldigst eine unzweideutige Antwort der Staatsregierung auf die laufenden Anträge zur Einführung der Verhältniswahl erfolgt. Die Versammlung fordert die Fraktion auf, nicht zu ruhen, bis ein gerechtes Wahlrecht in Bayern eingeführt wird. Zur Erreichung dieses Zieles sind alle parlamentarischen Mittel, nötigenfalls auch die Budgetverweigerung in Aussicht zu nehmen.

Das sind recht hübsche Worte, hinter denen nun Taten stehen sollen. Bekanntlich hat das Zentrum im bayerischen Landtage die Mehrheit, so daß die Budgetverweigerung der Liberalen keine tatsächlichen Folgen haben würde. Aber als entschlossene Kampfesäußerung wäre sie natürlich wertvoll. Warten wir aber erst die Taten ab.

Die preußischen Liberalen denken natürlich nicht einmal an solche demokratischen Mittel, im Gegenteil: sie verketzern die Sozialdemokraten ob ihrer Budgetverweigerung immer wieder als „Staatsfeinde".

Deutsches Reich.

— Die nächste Sitzung des Reichstages ist nun amtlich auf Dienstag, den 25. November, nachmittags 2 Uhr, angesetzt. Auf der Tagesordnung stehen Petitionen. Dem Reichstage ist zugegangen der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Reichsgerichte, wonach die von dem Reichskanzler auf Grund des Artikels XII des Gesetzes betreffend die Zuständigkeit des Reichsgerichts vom 22 Mai 1910 einberufenen Hilfsrichter bei dem Reichsgericht noch bis zum 1. Juni 1914 beschäftigt werden dürfen; sodann der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

— Die mecklenburgischen Junker haben wiederum die Verfassung niedergetrampelt. Der mecklenburgische sogenannte Landtag hat am Dienstag die neuerliche Verfassungsvorlage abermals abgelehnt. Wenn die Auslassungen der mecklenburgischen Regierungen höher zu bewerten wären als Schwatz, dann müßte man annehmen, daß die im Vorjahre vom Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ausgesprochene Drohung, die Verfassung zu oktroyieren, jetzt in die Tat umgesetzt werde. Allein weder der Großherzog noch die Regierung wollen anscheinend riskieren, es mit den frechen mecklenburgischen Junkern ernsthaft zu verderben. So wird die mecklenburgische Komödie zu einer heiteren Posse, bei der freilich das Volk der Geprellte ist.

Mecklenburg bleibt das Musterland für rassenreine Junkerherrschaft.

— Differenzen im badischen liberalen Block. Die Nationalliberalen im Wahlkreise Lahr-Stadt haben beschlossen, sich dem Großblockabkommen nicht zu fügen. Sie wollen an ihrer Kandidatur Meyer, die sie zugunsten des Fortschrittlers zurückziehen sollten, festhalten, angeblich, weil der Fortschrittler nur 512, ihr Kandidat aber 973 Stimmen erhalten hat. Der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Monsch, erhielt 759 Stimmen. Die Sozialdemokratie hat aber bekanntlich die Kandidatur zurückgezogen, um eine Einigung zustandezubringen. Wenn die Fortschrittler jetzt in anderen Kreisen gegen die Nationalliberalen Vergeltung üben, dann dürfte der Großblock bei der Stichwahl am 30. Oktober schlecht abschneiden. Die Disziplin in nationalliberalen Kreisen muß im Laufe der letzten Zeit außerordentlich erschüttert worden sein, sonst wären die Vorgänge, wie sie sich bei der Hauptwahl schon zeigten und wie sie sich anscheinend im zweiten Wahlgang wiederholen sollen, nicht möglich.

Lernt, ihr seid gewarnt!

Die Chemnitzer Volksstimme wirbt mit folgendem für Partei und Presse:

Die Sozialdemokratie in Baden hat bei den Landtagswahlen in dieser Woche eine so schwere Niederlage erlitten, wie vielleicht noch niemals die Sozialdemokratie in einem deutschen Lande. Sie wird mindestens fünf, wahrscheinlich sieben Mandate verlieren, ist um 12 000 Stimmen zurückgegangen, und vielleicht bricht auch über Baden die schwarze Reaktion herein. Da schreibt nunmehr der Karlsruher Volksfreund:

„Ganz abgesehen davon, daß die Gegner unserer Partei über viel mehr Zeitungen verfügen, fehlt es bei unserer Partei vor allem an der Organisation. Im ganzen badischen Oberlande ist unsere Organisation viel zu schwach, um eine Agitation entfalten zu können, wie es notwendig wäre. Im Odenwald sind kaum Anfänge der Organisation vorhanden und selbst in den Zentren unserer Bewegung ist sie noch zu schwach, um den Anforderungen zu genügen, die ein Kampf, wie wir ihn diesmal zu führen hatten, an unsere Partei stellt. Diese Mängel unserer Organisation fallen um so schwerer ins Gewicht, als unsere Gegner, insbesondere das Zentrum, über eine weitverzweigte, gut funktionierende Organisation verfügen. Unsere Partei muß künftig in ganz anderer Weise auf diese Momente achten als bisher. Sie muß neben der Organisation vor allem die Verbreitung der Presse ins Auge fassen. Unsere politischen und Wahlerfolge sind nur dort von Dauer, wo wir über eine gute Organisation und eine starke Verbreitung unserer Presse verfügen. Das ist die Lehre, die wir aus diesem Wahlkampfe zu ziehen haben."

Genossen, lernt! Ihr seid gewarnt! Wollt ihr 1915 dieselbe Niederlage erleiden, wie jetzt die Badener erlitten haben, so macht es wie sie: denkt nach der Wahl an die Verbreitung der Presse und die Stärkung der Organisationen. Wollt ihr aber siegen, so geht sofort an die Arbeit und sorgt dafür, daß wir nicht nur die Höchstzahlen wieder erreichen, zu denen wir im Reichstagswahlkampf 1912 gelangten, sondern noch darüber hinaus mit Presselesern und Organisierten ein gut Stück weiter kommen. Wer jetzt nicht hören will, muß es 1915 fühlen!

— Das Opferjahr. Zurzeit erscheint in großen deutschen Tageszeitungen folgendes Inserat:

„Société Suisse de Banque et de Dépôts,
Aktiengesellschaft in Lausanne (Schweiz)
Filiale der Société Générale in Paris.
Aufbewahrung von Wertpapieren, Hinterlegung von Geld, Kollektivrechnungen! — Die von Ausländern, welche ihren Wohnsitz nicht in der Schweiz haben, in den Kassen unserer Gesellschaft hinterlegten Gelder und Wertpapiere unterliegen keiner (schweizerischen) Steuer, weder der Erbschafts- noch anderen Steuern, und sind gesichert gegen jede Nachforschung. Zweigniederlassung in Brüssel usw."

Das ist für opferscheue Patrioten der Wegweiser, wie sie ihr Vermögen oder einen Teil davon dem Wehrbeitrag entziehen können. Die Schweizer Bankiers wissen natürlich sehr wohl, daß sich ihre Ausgaben für Inserate rentieren.

So sieht der vielgerühmte Patriotismus der „nach Bildung und Besitz Maßgebenden" aus.

— Preisermäßigung für Kohlen. Die staatlichen Kohlenzechen im Saarrevier haben bereits jetzt eine Preisermäßigung für Kohlen im Umfange von 0,20 bis 1,20 Mk. pro Tonne für das erste Halbjahr 1914 vorgenommen. Das Kohlensyndikat weigert sich bekanntlich noch immer, einen gleichen Schritt zu tun.

— Wieder ein erwischter Steuerhinterzieher. Die Strafkammer in Wiesbaden verurteilte heute den praktischen Arzt Dr. Hans Jost in Rüdesheim wegen über fünf Jahre sich erstreckender Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 12 063,60 Mk. als dem sechsfachen Betrage der hinterzogenen Steuer und im Falle der Zahlungsunfähigkeit für je 15 Mark einen Tag Haft.

— Ein liberaler Redakteur zu Gefängnis verurteilt. Das Erfurter Landgericht verurteilte den früheren Chefredakteur des inzwischen eingegangenen Thüringer Tageblattes, Walter Matheus, wegen Beleidigung des Großherzoglichen Hofjagdamtes in Weimar zu einem Monat Gefängnis. Er hatte in seinem Blatte das bekannte Gerücht wiedergegeben, das Hofjagdamt hätte Hasen vergraben lassen, um sie nicht billiger verkaufen zu müssen.

Frankreich.

Die Verfolgung der Antimilitaristen wird von der französischen Klassenjustiz mit Eifer und „Gründlichkeit" betrieben. Die infolge der Soldatenkundgebungen von Toul im Mai d. J. gegen eine Anzahl Mitglieder des Allgemeinen Arbeiterverbandes eingeleitete strafrechtliche Untersuchung ist nunmehr beendet. Der Untersuchungsrichter Driou hat beschlossen, 18 Kassierer und Sekretäre des Allgemeinen Arbeiterverbandes und der demselben angehörenden Gewerkschaften, die im Auftrage der Vereinigung des Sou du Soldat antimilitaristische Flugschriften verbreitet hatten, auf Grund des Gesetzes von 1904 über anarchistische Umtriebe „wegen Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam" vor das Zuchtpolizeigericht zu verweisen. Die Angeklagten befinden sich durchweg auf freiem Fuße. Gleichzeitig werden zwei Mitarbeiter eines anarchistischen Blattes unter derselben Anklage vor dem Zuchtpolizeigericht erscheinen.

Italien.

Das Ergebnis der Kammerwahlen lag bis Dienstag abend aus 436 Wahlkreisen vor. Bis jetzt sind 205 Ministerielle-Konstitutionelle, 46 Radikale, 16 verfassungstreue Oppositionelle, 25 Katholiken, 12 Republikaner, 30 radikale Sozialisten und 18 reformistische Sozialisten gewählt worden. In 84 Wahlkreisen sind Stichwahlen erforderlich.

Der Zusammenbruch der republikanischen Partei soll nach bürgerlicher Darstellung darauf zurückzuführen sein, daß die vereinigten Katholiken den gemäßigten liberalen Kandidaten dort zu Hilfe kamen, wo deren Mandate in Gefahr waren, verloren zu gehen. — Uns scheint doch, daß er tiefere Ursachen hat, die sich aber nur bei Kenntnis der gesamten politischen Situation des Landes erkennen lassen.

Ueber die sozialdemokratischen Wahlerfolge wird dem Vorwärts noch aus Rom berichtet: Der Gesamtausgang der Wahlen ist für die Partei über Erwarten gut und bedeutet einen großen Erfolg. Von 25 Wahlkreisen, die sie besessen, behauptet die Partei 21. Außerdem hat sie zehn neue Wahlkreise erobert. In 26 weiteren Kreisen steht sie in Stichwahl, in vielen davon steht unser Kandidat weitaus an erster Stelle. Unsere Stimmenzahlen sind teilweise imponierend. So erhielten Turati 13 000, Modigari 10 000, Cipriani, der als Protestkandidat gegen den Reformisten Bissolati in Rom aufgestellt war, 5176 Stimmen, nur um 550 weniger, als der siegreiche reformistische Führer. In Rom steht auch unser Genosse Campanozzi in Stichwahl.

Die Reformisten behaupten von 15 Mandaten, die sie inne hatten, 11. In Stichwahl stehen Professor Ferri, Podrecca, der Redakteur des bekannten antiklerikalen Witzblattes L'Asino, ferner Canepa und Nofri. Außerdem ist es den Reformisten gelungen, fünf weitere Kreise in Süditalien zu erobern.

Die Republikaner verlieren einige Mandate. Die Klerikalen haben in Venetien zahlreiche Gewinne zu verzeichnen, haben aber in Süditalien eine starke Niederlage erlitten. In Mortara besiegte unser Genosse Cagnoni den Unterstaatssekretär Bagamasco. Von Einzelresultaten sei noch erwähnt, daß der „berühmte" Exminister Nasi nicht weniger als dreimal gewählt worden ist. In Neapel gewann Arturo Labriola, der früher der Partei angehörte und dann auch eine Zeitlang Syndikalist war, ein Mandat. In Neapel wurde auch Ettore Cicotti, gleichfalls ein früherer Parteigenosse, gewählt. Die Wahlbeteiligung im Lande betrug etwa 60 Prozent."

Im Gegensatz zu den ersten Meldungen ist der Wahltag doch ziemlich blutig verlaufen. In Padua und Bari wurde fast die ganze Nacht geschossen. Ein Mann ist tot, verschiedene sind verwundet. Eine große Anzahl von Verhaftungen wurde dort, ebenso wie in Rovoo vorgenommen, wo Messer und Revolver die Hauptrolle spielten und ein tödlich Verletzter und mehrere schwer Verwundeter gezählt wurden. In Florenz griff das Militär verschiedentlich ein. In Neapel erschienen 500 Hafenarbeiter nach Schluß ihrer Arbeit und verlangten, stimmen zu können. Die Karabinieri waren „machtlos", und es wurden mehrere Kompagnien Infanterie herangezogen.

Rom, 29. Oktober. Nunmehr ist das Ergebnis der Wahlen aus 488 von 508 Wahlkreisen bekannt. Gewählt sind 231 Ministerielle, 50 Radikale, 17 verfassungstreue Oppositionelle, 27 Katholiken, 12 Republikaner, 39 Sozialisten und 18 reformistische Sozialisten. In 94 Wahlkreisen sind Stichwahlen erforderlich.

Rußland.

Eine Interpellation über die Knebelung der Presse (besonders aber wegen der brutalen Unterdrückung aller kritischen Bemerkungen über den „Ritualmord"-Prozeß in Kiew) hat die Kadettenpartei am Dienstage in der Reichsduma eingebracht. Der Duma-Präsident ersuchte, den Prozeß nicht zu berühren. Der Führer der Kadetten, Miljukow erwiderte, die Abgeordneten hätten das Recht, sich über eine ganz Rußland aufregende Frage auszusprechen. Purischkewitsch (äußerste Rechte) erklärte, die Interpellation sei ein versteckter Versuch, in die Rechte des Gerichts einzugreifen. Die Dringlichkeit der Interpellation wurde gegen wenige Stimmen der Rechten und die Interpellation selbst mit den Stimmen der Linken und der Oktobristen gegen die der Rechten und der Nationalisten angenommen.

Eine Gesetzesvorlage über die Beaufsichtigung der Trusts hat das russische Handelsministerium ausgearbeitet. Die Verträge der Trusts und Syndikate müssen nach dem Entwurf der Regierung bekanntgegeben werden. Ihre Tätigkeit soll der Beaufsichtigung durch den Staat unterworfen werden.

Balkan.

Der russisch-türkische Vertrag, der Rußland in der asiatischen Türkei große wirtschaftliche Vorteile sichert, ist jetzt in Konstantinopel unterzeichnet worden. Rußland erhält die Konzessionen der geplanten Eisenbahnen in Armenien und im Kaukasus, wobei sich die türkische Regierung jedoch das Recht vorbehält, die Eisenbahnen selbst zu bauen. Rußland gibt seine Zustimmung zur Erhöhung der Zölle und zur Aufhebung verschiedener Postanstalten, erhält dafür die Zusage im Vertrage, daß in Armenien baldigst Reformen durchgeführt werden sollen, und ist künftig mit einem Delegierten in der ottomanischen Schuld vertreten.

Soziales.

Friede zwischen Krankenkassen und Aerzten in Berlin.

In Berlin ist es nach langwierigen Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Aerzten unter Leitung des Direktors des Oberversicherungsamtes Groß-Berlin nunmehr zu einer Verständigung gekommen. Eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Berliner Kassenärzte, die Dienstag, den 28. d. Mts., tagt, hat noch zu den getroffenen Vereinbarungen Stellung zu nehmen. Nach Lage der Verhältnisse ist anzunehmen, daß die Delegiertenversammlung den Vereinbarungen zustimmen wird. Auch die auf dem außerordentlichen Aerztetag in Berlin am letzten Sonntag gegen die Krankenkassen erlassene scharfe Kriegserklärung wird daran nichts ändern. Nähere Mitteilungen über den Inhalt der für Berlin getroffenen Vereinbarungen folgen demnächst.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131030-16/fragment/page=0002

Krupp-Prozeß.

P. B. Berlin, 28. Oktober 1913.

In der Dienstags-Sitzung nahm sofort der Oberstaatsanwalt Dr. Chrzescinski das Wort: Ich fühle mich genötigt, eine Berichtigung über die gestrigen Preßberichte zu machen. Ich habe mit dem gestern vernommenen Zeugen Hugenberg eine scharfe Auseinandersetzung gehabt und habe gesagt: Wehe den mittleren Beamten meines Ressorts, die ohne meine Genehmigung die Schweigepflicht verletzen. In einigen Zeitungen steht, ich hätte gesagt: Wehe den Subalternbeamten... Das Wort „Subaltern" ist amtlich nicht mehr gebräuchlich. Es lag mir fern, in diesem verächtlichen Sinne von den mir unterstellten Beamten zu sprechen.

Es wird alsdann der frühere Berliner Generalvertreter der Firma Krupp, Wilhelm v. Metzen, unter Aussetzung der Vereidigung als Zeuge vernommen. Er bekundete auf Befragen des Vorsitzenden: Ich bin 1901 bei der Firma Krupp eingetreten und wurde in den verschiedensten Ressorts beschäftigt. Ich wurde 1905 nach Berlin versetzt, alsdann wieder zurückversetzt und 1909 als Leiter des Berliner Bureaus nach Berlin geschickt. Ich habe das Berliner Bureau vollständig neuorganisieren müssen. Meine Tätigkeit bestand in der Hauptsache, Behörden zu besuchen, um zu erfunden, welche Lieferungen in Aussicht stehen. Herr Direktor Eccius sagte mir, als ich nach Berlin fuhr: Wir haben in Berlin einen Mann, der es versteht,

unterirdische Nachrichten zu erhalten.

Vorsitzender: Das haben Sie bisher nicht gesagt. Sie gaben bisher nur an, daß Ihr Vorgänger, Herr v. Schütz, eine solche Aeußerung getan hat. Zeuge: Auch Herr Direktor Eccius hat das gesagt. Der Ausdruck „unterirdisch" ist im übrigen bei der Firma Krupp gang und gäbe. **Ich habe gegen die Tätigkeit Brandts sofort Bedenken gehabt,** zumal er mir einmal die Konstruktion eines Geschützzünders zeigte. Ich gewann die Ueberzeugung, daß er davon nur Kenntnis auf illegalem Wege erlangt haben konnte. Brandt hat überhaupt eine Bureautätigkeit gar nicht ausgeübt, sondern seine Tätigkeit beschränkte sich lediglich auf Erhalt der Kornwalzer und deren Uebersendung nach Essen. Brandt legte mir außerdem eiumal eine Liquidation über 200 Mark vor, die, soweit ich mich erinnere, von einem militärischen Beamten unterzeichnet war. Ich beanstandete die Liquidation und schrieb an Direktor Eccius, daß ich mit der Tätigkeit Brandts nicht einverstanden sei. Direktor Eccius antwortete, ich solle Brandt sagen, er soll mal auf einen Tag nach Essen kommen. Der Zeuge beginnt einige Auszüge von Briefen aus der Korrespondenz Eccius zu verlesen. Vorsitzender: Haben Sie diese Briefe nicht im Original. Zeuge: Jawohl. Sie liegen in meiner Wohnung. Oberstaatsanwalt: Ich muß den Zeugen unterbrechen. Der Zeuge sagte in der Voruntersuchung, er werde den lückenlosen Beweis für die Schuld der Angeklagten führen. Jetzt überfällt er geradezu die Angeklagten mit ganz neue Behauptungen. Ich kann mich mit den Auszügen dieser so wichtigen Korrespondenz nicht begnügen. Der Zeuge überfällt nicht nur die Angeklagten, sondern auch mich. Ich muß deshalb beantragen,

die Verhandlung zu unterbrechen

und beantrage, zu beschließen, die gesamte Korrespondenz zu beschlagnahmen. Vorsitzender: Es ist bei Ihnen Haussuchung gehalten worden, diese Korrespondenz ist aber nicht gefunden worden. Zeuge: Das war ein Zufall. Ich war zurzeit in Essen, um mich mit meinem Anwalt, Herrn Justizrat Dr. Wallach, zu beraten und habe deshalb die gesamte Korrespondenz mitgenommen. Vorsitzender: Es ist aber auch bei Justizrat Dr. Wallach Haussuchung gehalten und nur ein Teil der Schriftstücke gefunden worden. Zeuge: Ich habe den größten Teil der Korrespondenz wieder mitgenommen und sie meinem Vater, der auch Jurist ist, unterbreitet. Mein Vater war gleich dem Justizrat Dr. Wallach der Ansicht, daß die Korrespondenz für diesen Prozeß

von größter Erheblichkeit sei.

Ich habe sie deshalb nicht ausgeliefert. Oberstaatsanwalt: Das Verhalten des Zeugen ist sehr eigentümlich. Es wäre erforderlich gewesen, die Korrespondenz in der Voruntersuchung zu haben, um diese genau prüfen zu können und um den Angeklagten Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äußern. Das verlangt die Gerechtigkeit. Der Zeuge muß außerdem noch „Kornwalzer" in seinem Besitz haben. 15 „Kornwalzer" sind augenscheinlich dem Abgeordneten Dr. Liebknecht übersandt worden. Es

fehlen immer noch 30—40 „Kornwalzer",

wenn auch nur in Abschrift. Zeuge: Ich habe „Kornwalzer" nicht mehr im Besitz. Landrichter Dr. Berlin: Haben Sie die Korrespondenz in Ihrer Wohnung aufbewahrt? Zeuge: Jawohl. Einige Schriftstücke befinden sich in meinem Arbeitszimmer,

die anderen sind im Sofa versteckt.

Die Verteidiger schließen sich dem Antrage auf Beschlagnahme der Schriftstücke an. — Zeuge: Ich glaubte, nicht nötig zu haben, die Originale dem Gericht einzureichen. Verteidiger Dr. v. Gordon: Sie haben an das Gericht eine große Anzahl von Eingaben gemacht und gesagt, daß Sie das ganze Material ausgeliefert haben. Es wäre deshalb ganz besonders Ihre Pflicht gewesen, die Originalbriefe auszuliefern.

Nach kurzer Beratung beschließt der Gerichtshof, ein Mitglied des Richterkollegiums und den Assistenten der Berliner Kriminalpolizei zu beauftragen, in der Wohnung des Zeugen v. Metzen sofort Haussuchung zu halten und sämtliche Schriftstücke sowohl diejenigen in Abschrift als auch

die Originale zu beschlagnahmen

und die Sitzung bis 2 Uhr nachmittags zu unterbrechen.

Gegen ¼4 Uhr nachmittags wurde die Verhandlung wieder eröffnet. Es wurde ein großes Aktenbündel auf den Tisch gelegt, das in der Villa des Zeugen v. Metzen in Schlachtensee beschlagnahmt worden ist. Der Vorsitzende wollte zunächst einen Brief vom 23. August 1909 verlesen. Dazu erbat sich Verteidiger Dr. Löwenstein das Wort: Ich muß im Namen meines Klienten, des Angeklagten Brandt Protest erheben, daß die beschlagnahmten Briefe verlesen werden, ehe die Prozeßbeteiligten davon Kenntnis genommen haben. Der Herr Oberstaatsanwalt sagte heute vormittag mit Recht, nicht bloß die Angeklagten, auch die Staatsanwaltschaft sei von Herrn v. Metzen überfallen worden. V. Metzen hat in Zeitungen veröffentlicht, daß er in der Hauptverhandlung ein Material vorbringen werde, daß die Angeklagten überführen werde. Keiner der Prozeßbeteiligten kennt den Inhalt der beschlagnahmten Briefe. Wir sind nicht in der Lage, zu prüfen, ob die Briefe zur Sache gehören. Ich erkläre daher, daß ich es als unzulässige Beschränkung der Verteidigung ansehen würde, wenn die Briefe zur Verlesung kämen, ohne den Verteidigern vorher Gelegenheit zu geben, Einsicht in sie zu nehmen. Die beschlagnahmten Briefe bilden einen wesentlichen Bestandteil der Akten. Diese sind laut Prozeßordnung der Verteidigung in der Voruntersuchung vorzulegen. Die Verteidigung will nicht die Sache verschleppen, jedoch bei der großen Bedeutung des Prozesses, der unter Umständen lange Wochen dauert, kann es auf einige Stunden nicht ankommen. Wir sind genötigt, uns mit unseren Klienten zu besprechen. — Verteidiger v. Gordon: Ich will im Namen des Direktors Eccius keinen bestimmten Antrag stellen. Eccius soll die Briefe geschrieben bezw. erhalten haben, er muß mithin die Briefe kennen. Aber die Briefe sind Eigentum der Firma Krupp. Es fragt sich, ob diese ihr Eigentum nicht mehr in Anspruch nehmen will. Außerdem ist dem Herrn Oberstaatsanwalt bekannt, daß die Briefe unter Umständen einen Inhalt haben, der

die öffentliche Sicherheit gefährden

könnte. Schon aus diesem Grunde ist es erforderlich, von den Briefen vor ihrer Verlesung Kenntnis zu nehmen. Ich schließe mich daher dem Antrage meines Mitverteidigers vollinhaltlich an. — Oberstaatsanwalt: Ich kann die Ausführungen der Herren Verteidiger nicht für durchgreifend ansehen; die Briefe sind von einem Mitgliede des Gerichtshofes beschlagnahmt worden. Es ist deshalb zulässig, daß die Briefe hier in öffentlicher Sitzung gemeinsam zur Kenntnis gebracht werden. Sollte wider Erwarten in den Briefen etwas stehen, was die Staatssicherheit gefährden könnte, dann werde ich selbstverständlich Ausschluß der Oeffentlichkeit beantragen. — Verteidiger Dr. Löwenstein: Ich muß erwidern, daß auf Grund der Strafprozeßordnung die Verlesung der Briefe vor Einsichtnahme unzulässig ist. Ich bin im übrigen auch der Ansicht des Herrn Verteidigers Gordon, daß unter Umständen eine Gefährdung der Staatssicherheit zu besorgen ist. Dies läßt sich aber nicht voraussehen. — Verteidiger v. Gordon: Ich bin der Ansicht, daß nicht bloß die Prozeßbeteiligten, sondern auch die Herren Sachverständigen vom Inhalt der Briefe Kenntnis haben müssen, ehe sie verlesen werden können.

Nach längerer Beratung beschließt der Gerichtshof, daß zuerst der Untersuchungsrichter vernommen werden soll. Dieser bekundet, er habe seinerzeit sämtliche Schriftstücke, die er bei Herrn v. Metzen gefunden habe, beschlagnahmt. Eine große Anzahl Briefe, die mit der Sache selbst absolut nichts zu tun haben, sind auf Antrag des Herrn Oberstaatsanwalts dem Zeugen wieder zurückgegeben worden. — Der Oberstaatsanwalt bestätigt das. — Der Gerichtshof hat mittlerweile beschlossen, dem Proteste der Verteidiger stattzugeben, die Verhandlung für heute zu vertagen. Wenn die Briefe verlesen werden sollen, sei es erforderlich, den Angeklagten Eccius darüber zu vernehmen. Die Verlesung der Briefe müsse in Verbindung mit der Vernehmung des Zeugen v. Metzen erfolgen. Dies könne aber nicht eher geschehen, bis nicht der Vorsitzende selbst Einsicht in die Briefe genommen habe. Die Verhandlung wurde darauf auf Donnerstag vertagt.

Gewerkschaftliches.

Scharfmacherei in der Genossenschaftsbewegung.

Aus den Praktiken der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg teilt der Vorwärts auf Grund eines Briefwechsels, der mit dem Redakteur der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau, Dr. August Müller, geführt wurde, recht interessante Dinge mit:

Nach den Prinzipien, die scheinbar für sozialistische Unternehmerbetriebe maßgebend sind, war im Anschluß an den Genossenschaftstag in Dresden hinter verschlossenen Türen die Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine abgehalten worden. Das war am 20. Juni. Am 20. September erschien in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau ein Artikel, der die Reden von Dr. Müller-Hornburg, des Buchdruckers Fust-Essen und des Herrn Kaufmann-Hamburg über den **Konflikt mit den Buchdruckern** stenographisch wiedergab. Die übrigen dazu gehaltenen Reden wurden nicht wiedergegeben, um den Raum der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau durch die Behandlung des Konflikts „nicht im Uebermaß zu belasten", so daß die Genossenschaftsmitglieder auch heute noch nicht wissen, wie sich ihre Vertreter auf der Generalversammlung zu dieser wichtigen Streitfrage gestellt haben.

In seiner Rede hat nun Herr Kaufmann Behauptungen aufgestellt, die gewiß ihren Zweck, gegen die Buchdrucker Stimmung zu machen, nicht verfehlt haben, und die sicherlich zu diesem Zwecke auch in der Rundschau fett gedruckt wurden. Soweit der frühere Arbeiterausschuß von diesen Behauptungen betroffen wurde, wandten sich dessen Mitglieder, die noch dem Betriebe angehören, in folgender Berichtigung dagegen:

1. Es ist unwahr, daß der Arbeiterausschuß sein Amt niedergelegt hat, wahr dagegen ist, daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses in ihrer Gesamtheit eine Wiederwahl ablehnten, nachdem ihre Amtsdauer ordnungsgemäß abgelaufen war.

2. Es ist unwahr, daß von Mitgliedern des Arbeiterausschusses bei Ueberreichung der Lohn- und Arbeitsbedingungen (nach der Tarifverneuerung einen Tag vor ihrem Inkrafttreten. Die Red.) gesagt wurde: „Wir haben heute keine Zeit, wir haben etwas andres zu tun!" Wahr dagegen ist, daß der Obmann des Arbeiterausschusses dem Betriebsleiter erklärt hat: Der Arbeiterausschuß ist nicht imstande, eine zwölf Seiten lange Arbeitsordnung an einem Abend zu beraten, und ohne gründliche Prüfung könne er seine Unterschrift nicht geben. Zudem hat der Betriebsleiter erklärt, daß an den Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts mehr zu ändern sei, es könne sich nur um unwesentliche Dinge handeln.

3. Es ist unwahr, daß vom Personal und dem Arbeiterausschuß fort und fort über den Tarif hinausgehende Forderungen gestellt wurden, und daß der Arbeiterausschuß derartige Forderungen an die Geschäftsleitung gerichtet hat. Wahr dagegen ist, daß der Arbeiterausschuß überhaupt keine Forderungen an die Geschäftsleitung gestellt hat.

4. Es ist unwahr, daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses eine Wiederwahl ablehnten, weil sie vom Personal schlecht behandelt worden sind; **wahr ist, daß sie eine Wiederwahl ablehnten, weil sie die vollständige Bedeutungslosigkeit des Arbeiterausschusses einsahen, und weil ihnen von der Geschäftsleitung nur eine rein dekorative Stellung ohne jeden Einfluß auf das Arbeitsverhältnis eingeräumt wurde.**

5. Es ist zum Schluß nicht wahr, daß der Arbeiterausschuß bei der Geschäftsleitung darüber lebhafte Klage führte, daß er vom Personal unwürdig behandelt worden ist.

Das ist die Berichtigung, die unter Hinweis auf den § 11 des Preßgesetzes eingereicht wurde. In jedem Arbeiterblatte wäre die Berichtigung selbstverständlich aufgenommen worden, gewiß sogar in jeder kapitalistischen Zeitung. Anders in dem sozialistischen Unternehmerblatte, der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau. Am 20. September war die Berichtigung abgeschickt worden. Herr Kaufmann ließ sie bis zum 29. September liegen, wo Herr Dr. August Müller von einer Reise zurückkehrte. Herr Dr. August Müller prüfte die Berichtigung mit tiefen Inquisitorenfalten im Gesicht und er fand nach beträchtlichem Wälzen von Kommentaren heraus, daß sie nicht den Bedingungen des Preßgesetzes genüge. Er wolle den Vorstand entscheiden lassen, ob er trotzdem aus lauter Gnade die Berichtigung aufnehmen solle. Das könne aber erst am 4. Oktober geschehen. Die Aufsichtsratsmitglieder sandten ein Gutachten des Arbeitersekretariats Hamburg ein, das die Berichtigung für einwandfrei erklärte. Herr Dr. A. Müller erkannte das nicht an, sondern dekretierte: Da ihr nicht bis zum 4. Oktober warten wollt, lehne ich die Berichtigung glattweg ab. Ein parteigenössischer Rechtsanwalt weist ihm nach, die Berichtigung sei mustergültig. Nun redet Herr Dr. August Müller mit der Autorität des Staatsrechtslehrers Litzt heraus, der behaupte, falsche Tatsachen müßten in einem Blatte nicht berichtigt werden, wenn gesagt worden ist, daß diese Behauptungen von anderer Seite aufgestellt wurden. Herr Dr. August Müller hat Pech damit, denn der Rechtsanwalt beweist ihm, daß er sich jene Tatsachen durch die Artikelform und den Fettdruck zu eigen gemacht hat. Aber Herr Dr. August Müller lehnt trotzdem die Berichtigung ab. Zur Begründung führt er, der sich in dieser ganzen Affäre mit juristischer Flohknackerei amüsiert, aus: **„Es ist eine Ungehörigkeit, wenn Leute, die in einem Betriebe tätig sind, etwas berichtigt haben wollen und sich dann sofort auf den § 11 des Preßgesetzes berufen."** Er vergißt, welches Gewicht in diesem Betriebe auf Formen gelegt wird, konnte doch Genosse Fust-Essen auf der Generalversammlung mitteilen, daß für die Aeußerung von Wünschen der schriftliche Weg vorgeschrieben ist. Und mit eigener Logik sagt Herr Dr. August Müller weiter, man dürfe sich nicht darauf berufen, „daß ich der Organisation der Buchdrucker die Aufnahme einer Berichtigung abgelehnt habe, die sich nicht auf den § 11 des Preßgesetzes stützt. Das trifft auch zu. **Der Buchdruckerorganisation gegenüber würde ich Berichtigungen nur aufgenommen haben, wenn sie dem § 11 entsprochen hätten."** Aber von Arbeitern des Geschäfts werde **eine Berichtigung selbstverständlich aufgenommen,** da nur ein Konflikt der Geschäftsleitung mit dem Verband, aber nicht mit dem Personal bestehe. Aber trotzdem wird dem Personal, mit dem man im tiefsten Frieden lebt, die Berichtigung nicht abgenommen, eben weil sie sich auf das Preßgesetz bezieht.

Nicht am wenigsten ist es amüsant, zu sehen, wie Herr Dr. August Müller Herrn Heinrich Kaufmann von den Rockschößen schüttelt. Seine ganze Argumentation heißt einfach: Dieser Heinrich Kaufmann ist zwar mein Herr und Meister und er sitzt dos à dos zu mir eben hinter der Tür und was er gesagt berührt zwar aufs tiefste unsern ganzen Zeitungsbetrieb, aber für seine Ausführungen, die ich abdrucke, lehne ich jede moralische und juristische Verantwortung ab. Hätte man Müllers Ausführungen berichtigt, dann hätte er sicher gesagt: Dieser mir, dem Redakteur der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau Dr. August Müller, völlig fremde Dresdner Redner Dr. August Müller hat dort Ausführungen gemacht, die ich zwar abdruckte, die richtigzustellen ich aber moralisch noch juristisch gezwungen bin.

Solches Verfahren darf in keinem von Arbeitern für Arbeiter gegründeten Betriebe vorkommen. Es dürfte auch schwerlich in einem nicht gerade von Scharfmachern geleiteten Unternehmerbetriebe möglich sein. Aber in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, der G. E. G. und in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau ist es möglich gewesen. Die Arbeiter, auf deren Schultern die moderne Konsumvereinsbewegung ruht, die Genossenschaftler, denen das Blühen der Genossenschaftsbewegung zu danken ist, müssen endlich Sorge dafür tragen, daß derartige für das Verhalten der Herren der Rundschau typischen Dinge in der Zukunft unmöglich werden. Unmöglich würden sie nur, wenn ordlich an Stelle eines Systems, das nur wenigen Personen die Leitung gibt, eine demokratische Organisation eintritt. Bei der Gestaltung der Organisation im vergangenen Jahre und sonst haben wir schon hierauf hingewiesen. Vergeblich. Es ist nun höchste Zeit, die konsumgenossenschaftliche Organisation demokratisch zu organisieren. Das ist um so mehr erforderlich, als Neugründungen, wie eine Genossenschaftsbank, in Aussicht stehen und die heutige Organisation dem Mißtrauen vollberechtigte Nahrung gibt, daß die gewaltigen, formell in wenigen Händen konzentrierten Mittel nicht für, sondern gegen die Arbeiter Verwendung finden können.

Gelbe Streikbrechervereine.

Der Verband der Papier- und Zellstoff-Fabrikanten hat vor einiger Zeit seinen Mitgliedern den Rat erteilt, mit den Organisationen der Arbeiter nicht zu verhandeln, Tarifverträge mit den Arbeitern abzulehnen, im Falle eines Streiks schwarze Listen herauszugeben usw. Dann aber befindet sich eine Stelle im Rundschreiben, die lautet:

Versuche in deiner Fabrik einen vaterländischen Werkverein zu gründen oder deine Arbeiter wenigstens teilweise einem nationalen Arbeiterverbande anzuschließen. Diese Verbände wollen den Ausstand vermeiden und wollen dir in Streitfällen eine wertvolle Stütze sein.

Kampf den um ihre Rechte kämpfenden Arbeitern, dafür Unterstützung solcher Organisationen, die die Arbeiter zu Verrätern und Streikbrechern erziehen: das ist das Bestreben der Scharfmacher. Sie selbst verlangen von ihren Kollegen Klassensolidarität, ja sie erzwingen diese mit allen Mitteln des Terrors. Von den Arbeitern aber erwarten sie, daß sie ihre eigenen Interessen vergessen, daß sie sich gar organisieren zu dem Zweck, die proletarische Klassensolidarität zu zertrümmern. Und leider finden sich auch noch Arbeiter, die aus Dummheit, oder weil sie ehr- und schamlos genug sind, sich auf ihre Arbeitsbrüder hetzen lassen.

Differenzen im Stettiner Fleischergewerbe.

Im Stettiner Fleischergewerbe drohen allgemein Differenzen auszubrechen. Dem Zentralverband der Fleischer ist es verschiedentlich gelungen, mit den Fleischermeistern Tarife abzuschließen. In anderen Betrieben, wo das bisher noch nicht gelang, hat aber wenigstens die Organisation unter den Gesellen Eingang gefunden. Je mehr Boden der Verband gewinnt, um so nervöser und hartnäckiger aber werden die Meister. Vor kurzem haben die Fleischer im Geschäft von Paul Steeger die Arbeit eingestellt und die zuständigen Instanzen der Arbeiterschaft haben den Boykott über den Betrieb verhängt. Daraufhin hat die Innung den Gesellen den Krieg erklärt, indem sie mit der Aussperrung droht. An den organisierten Fleischern wie überhaupt an allen Arbeitern liegt es jetzt, Solidarität zu üben.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig; für Ausland, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock; für Gewerkschaftliches, Stadtverordnetenwahl und Vom Kampfe der Frau Wilhelm Koenen; für Halle und Saalkreis Otto Kilian; für Aus der Provinz Gottlieb Kasparek; für die Anzeigen Wilhelm Herzig; Verleger Alfred Schulz; sämtlich in Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.).

Lest die Arbeiter-Jugend!

Bestellungen nimmt entgegen Frau Marie Schmidt, Wilhelmstraße 7.

Verlangen Sie die

echte Jasmatzi-Dubec

m. M. 2½ Pf. m. G.

Cigarette in der ges. gesch. Packung mit dem Tabakblatt.

*2737

BUCHELN

Georg A. Jasmatzi A. G. Dresden
größte deutsche Cigarettenfabrik

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131030-16/fragment/page=0003

Kluge Frauen

kaufen:
Kostüme
Mäntel
Blusen
Röcke
Unterröcke
Schuhwaren
aufbequeme Teilzahlung
von
wöchentlich 1 Mk. an
nur bei
Carl
Klingler
11 Leipzigerstr. 11
erste Etage 4460
Eingang Sandberg.

Lumpen, Knoch., Eisen, Metalle, Champagnerflaschen
kauft stets zu Tagespreisen
J. Sternfeld, *2144
Alter Markt 11, Telephon 1388.

+ Frauen +

erhalten bei Störungen, Stockungen etc. die besten Präparate billigst. Erste und älteste Marke der Welt. 4419
Spül-Apparate wie sie sein sollen, enorm **billig.**
Schon von 1.35 an. Gute 2.50. Beste 3.50—6.50.
Briefl. Auskunft geg. 20 Pfg. Briefmarken.
Diskreter Versand.
Dr. med. Ernst Geyer & Co.
(Sanitäts-Depot)
Halle a. d. S., Leipzigerstr. 11, Eingang Kleiner Sandberg, gegenüb. Ulrichskirche.
Kein Laden. Frauenbedienung.

Kraut-Abfälle 4449
sind unentgeltlich abzuholen bei
M. Lange, Kl. Ulrichstrasse 25.

BÄRs Nachf. Fortsetzung des Porzellan-Verkaufs zu Vorzugspreisen.

Wir sind bekannt für billig und erwähnen nur einige Artikel!!

Tassen	mit Untertassen, Goldrand und bunt dek.	14 Pf.	Speiseteller tief u. flach, Goldrand	3 Stück 95 Pf.	Kaffeeservice mod. dek., 9teilig 2 95
Tassen	mit Notenlinien	4 Paar 95 Pf.	Abendbratteller tief u. flach, Goldrand	5 St. 95 Pf.	Teeservice grosse Form, 9teilig 2 65
Tassen	mod. Form, bunt dek. od. Goldrand	6 Paar 95 Pf.	Kaffeekannen gross, bunt dek. 95 75	65 Pf.	Geleedosen bunt dek., echt Porz. 46 Pf.
Butterdosen	mit Untersatz	25 Pf.	Teekannen bunt dek. 38	28 Pf.	Fettdosen echt Porzellan 22 Pf.
Obstservice	7teil., Golddekor	95 Pf.	Milchkannen bunt dek. 22	18 Pf.	Kuchenkörbe durchbrochen 38 28 20 Pf.
Kompottservice	7teil., bunt dek.	95 Pf.	Milchkannen bunt dek., Satz	6 Stück 95 Pf.	Kuchenteller durchbrochen 22 18 12 Pf.

Frühstücksservice grün Kleeblatt, 5teil. . . . **75** Pf.
Teeservice echt Porzellan, bunt dek., 5teilig . . . . **68** Pf.
Kaffeeservice bunt dek., für 6 Personen . . **1 85**

Ca. 500 Tisch- und Küchen-Lampen 4454

Flurlampen	65 45 38	**25** Pf.	Tischlampen . . 3.95 2.95 1.95 **95** Pf.
Küchenlampen	95 75 65	**48** Pf.	Boudoirlampen . . . 2.95 1.95 **95** Pf.

Hängelampen Messing, Majolika, Guss, **Ia. Ausführung** 6^{50} 5^{75} 4^{75} 3^{75}

Sturmlaternen 2.45 1.45 **95** Pf.	Stallaternen 1.50 95 **85** Pf.	Schaffnerlaternen 95 75 **50** Pf.	Werkstattlampen . **95** Pf.

Sonder-Ausstellung! **Rein Aluminium!** **Extra billige Angebote!**

Beachten Sie die Auslagen in unserem Schaufenster!

Neue Serien **Reklamemarken** **10** Stück **4** Pf.
Vorzügliche **Taschenlampen** komplett, mit Ia. Batterie und Birne . 95 75 **58** Pf.

Künstliche
Zähne

Garantie für Sitz u. Haltbarkeit.
Mit und ohne Entfernung der Wurzeln.
Spezial-Behandlung für nervöse und ängstliche Personen. [4076
Schmerzloses Zahnziehen, soweit möglich.
Plomben von allem Material.
Zahn-Atelier
Britannia,
Halle, Grosse Ulrichstr. 11, Wansleben, am Bahnhof.
Teilzahlung. Telephon 3865.
Sehr mässige Preise.

Großer
Abbruch

Zapfenstr., Schülershof, sind sofort billig zu verkaufen: 500000 Mauersteine, 500 cbm Bauholz, 1000 Fuhren Brennholz, 2000 Stück Türen und Fenster, 1500 Meter Bretter und Dachziegel für Töpfer. *2142
Tel. 4545. Kurt Schlegel.
Material liegt bereit z. Abfahren.

4457
Elektrische
Taschenlampen
mit Garantie-Batterien von 90 Pfennig an.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Prima Wurstwaren.
Hausschl. Rot- und Leberwurst nur 85 Pfg., Sülzwurst 80 Pfg., feinste Knackwurst 1.00 Mk., Schlackwurst 1.25 Mk., sämtliche anderen Fleischwaren bill. empfiehlt
Robert Hummel,
Tristitz. (Postgebäude). [4443

Schokolade- u. Zuckerwaren kauft man sehr gut u. unerreicht preiswert in unseren Verkaufsstellen. Machen Sie einen Versuch und Sie sind dauernder Kunde!
Thüring. Schokoladenhaus,
Merseburg, Kleine Rittergasse 1.
Eilenburg, Leipzigerstrasse 25.
Torgau, Bäckerstrasse 16.
Bitterfeld, Halleschestr. 17. *621

Sohlleder-Ausschnitt, Schuhmacher-Artikel. 3435
J. Noah, Gr. Klausst. 7.

Das Menschenschlachthaus.

Bilder vom kommenden Krieg!
Preis 1.00 Mk. Porto: Drucksache 10 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.

Merseburg.
Felix Möhlus, Roßschlächterei,
— Tiefer Keller 1, —
empfiehlt:
Pa. Rossfleisch u. Wurst.
Sonnabends von 3 Uhr in Beundorf b. Neumark-Bedra (nahe der Schule). *2136

Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, 71 **Metalle, Gummi** kauft
Albert Bode jun., Große Mauerstr. 22.

Bäumfuhren jeder Art bef. bill. Alb. Ackermann, Mühlb. 10. 72

Prof. Ehrlich's

geniale Errungenschaft für
Syphilitiker.
Aufkl. Broschü. 41 gh. rasche u. gründl. Heilung all. Unterleibsleiden, ohne Berufsstörg., ohne Rückfall! Diskr. versch. M. 1.20. Spezialarzt Dr. med. Thisquen's Biochemisches Heilverfahren, Frankfurt a. Main, Kronprinzenstr. 45. (Hauptbahnhof), Köln, U. Sachsenhausen 9, Berlin W. 8, Leipzigerstr. 105.
*1798

Großer Posten **Zigarrenkisten,** ganz billig, 4445
Kleine Ulrichstrasse 1.

Sportwagen, ganz billig, 4446
Kleine Ulrichstrasse 1, I.

Morgen, Donnerstag:
Schlachte-Fest.
Fr. Langenhagen,
4449 Bernburgerstr. 14.

Donnerstag 69
Schlachtefest.
Olga Wentzke,
Wolffstraße 20.

Käse 4451
alte, gute Ware, in Schocken und einzeln, billig abzugeben. **Witwe Germer,** Ludw. Wachererstr. 87.

Arbeitsmarkt

Tüchtiger Dreher,
spezell auch für Hähne, für dauernd gesucht. Offerten an
G. König & Co.,
Maschinen- und Apparatebau,
Wittemberg, Bez. Halle. *2185

Wohnungs-Anzeigen

Schlafst. j. anst. H. z. verm. Daselbst Mittagstisch. Friedrichstr. 6. 3759

Pa. Pökelknochen Pfund **35** Pf.
Ia. Sauerkohl Pfund **4** Pf.
Grosse Vollheringe Stück **5** Pf.
Ia. Speise-Kartoffeln 10 Pfund **25** Pf.
1 Zentner, frei Haus . . **2.25** M.

Täglich frische Räucherwaren!
Konserven-Spezial-Geschäft
F. H. Krause
Alter Markt 18. 4444

Ulster
auf Abzahlung,

ebenfalls elegante **Paletots, Anzüge, Joppen** für Herren u. Knaben schon mit einer Anzahlung von **3 Mark** an. Wochenrate nur **1 Mark.**
Grosse Auswahl in **Pelz-Colliers, Kostümen, Damen-Mänteln, Röcken, Blusen, Schuhen, Stiefeln etc.**

Paul Sommer
Leipzigerstrasse 14
I. und II. Etage.
4455

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131030-16/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 255 — Halle (Saale), Donnerstag den 30. Oktober 1913 — 24. Jahrg.

Stadtverordnetenwahl.

Die Wahllegitimationskarten aufbewahren!

Der Magistrat hat die Legitimationskarten zur Stadtverordnetenwahl, aus der jeder ersehen kann, wo und zu welcher Zeit er wählen muß, verschickt. Wir ersuchen die Wähler der dritten Abteilung, die Karten recht sorgfältig aufzubewahren, da sonst bei Ausübung des Wahlrechts Unannehmlichkeiten und Zeitverluste entstehen können. Die Karte ist bei der Stimmenabgabe vorzuzeigen, sie dient als Legitimation und erleichtert dem Wahlvorstand gleichzeitig das Auffinden des Wählers in der Liste.

Da infolge der zahlreichen Umzüge, die seit Aufstellung der Wählerliste Ende Juni erfolgt sind, die Möglichkeit vorliegt, daß verschiedene Wähler ihre Karten nicht bekommen haben, ersuchen wir alle diejenigen, die in diesen Tagen eine solche Wahlkarte noch nicht erhalten haben, sich im Wahlbureau, Großer Berlin 8, ihre Karte abzufordern.

Sie häufen Unrecht auf Unrecht!

Das schandbare Dreiklassensystem noch verschlechtert.

Auf zum Wahlrechtskampf!

Die Hallischen Proletarier haben gar keine Veranlassung, die preußischen Junker als besonders tolle Wahlrechtsräuber zu brandmarken; das Hallische Bürgertum steht darin den ostelbischen Agrariern in keiner Weise nach. Ja, es übertrifft sie noch, denn beim preußischen Dreiklassenrecht ist durch die Bezirksdrittelung und die neue Wahlkreiseinteilung für Groß-Berlin wenigstens ein ganz kleiner schüchterner Versuch gemacht, die allerschlimmsten plutokratischen Auswüchse zu beseitigen. **Das Hallische Bürgertum geht aber systematisch und unausgesetzt darauf aus, das kümmerliche Wahlrecht zur Stadtverordneten-Versammlung noch scheußlicher zu verunstalten.**

Es ist fast ein Gaukelspiel, was mit den Bezirkswahlen getrieben worden ist. Als die Arbeiter vor Jahren dicht daran waren, in einigen Bezirken die Mandate zu erobern, schaffte man die Bezirke ab und ließ in der Altstadt die Wähler insgesamt nach Listen wählen. Als jetzt aber auch die Einverleibung der Vororte in den einen allgemeinen Wahlbezirk möglich und konsequenterweise nötig wurde, besann man sich darauf, daß dann unter Umständen bei der Zusammenlegung **die Sozialdemokratie alle Mandate der dritten Klasse erobern könnte.** Deshalb wurde es so gelassen, daß die Vororte für sich blieben: Das Bezirkssystem wurde neben der Listenwahl beibehalten!

Aber das genügt noch nicht als Damm gegen die Sozialdemokratie. Als wichtigste Verstärkung dieses Dammes hat man die

Dreitagewahl eingeführt

und hält krampfhaft an ihr fest, wie sich das kürzlich treffend bei dem **Kampf der Rathausreaktion gegen die Sonntagswahl** zeigte. Bekanntlich hatten unsere Parteigenossen im Stadtverordnetensaale beantragt, daß die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen an einem Sonntage stattfinden sollten. Zur Begründung machten sie geltend, daß die Arbeiter an einem Sonntage keinen Lohnausfall hätten, die Angestellten und kleinen Geschäftsleute fühlten sich Sonntags auch freier und würden somit die Sonntagswahl als Erleichterung ansehen. Eine ganze Reihe Städte in Süddeutschland, im Elsaß, aber auch Königsberg im Norden hätten bereits die Sonntagswahl und das katholische Bayern habe sogar eine Reichstagswahl Sonntags stattfinden lassen. Trotz alledem waren aber die Konservativen im Verein mit den Beamten nach keiner Richtung hin geneigt, der Sonntagswahl irgendwie Konzessionen zu machen. Der Sprecher der Beamten und Mittelständler, der Stadtv. Kühme, betonte, daß die Arbeiter schon am allerzahlreichsten zur Wahl kämen und man ihretwegen nicht ehrenamtliche tätige Bürger und städtische Beamte, die zum Betriebe der Wahl benötigt würden, Sonntags arbeiten lassen dürfte.

Ein Stadtv. Meyer, Rechtsanwalt, meinte, nachdem die Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe kürzlich erst erweitert sei, würde man gegen die damals aufgestellten Grundsätze verstoßen, wenn man jetzt die Sonntagswahl beschließe.

Aber auch die Liberalen waren nur bedingt für die Sonntagswahl. Ihr Redner Herzfeld machte folgenden Eiertanz: **Der Sonntag als Wahltag sei durchaus nichts ungewöhnliches,** in der Schweiz fänden alle Wahlen an Sonntagen statt. Zudem sei die Sonntagswahl eine alte liberale Forderung. Trotzdem sei es aber wohl am besten, wenn Sonnabends, Sonntags und Montags gewählt würde. Drei Tage brauche man, um bei öffentlicher Wahl ausreichend Gelegenheit zur Stimmabgabe zu gewähren.

Das waren die Erklärungen der drei bürgerlichen Gruppen. Alle drei wurden von unsern Genossen widerlegt. Dem Herrn Kühme wurde gesagt, daß **sämtliche kirchliche Wahlen Sonntags stattfänden.** Dem Herrn Meyer wurde erwidert, daß **physische Arbeit doch nicht mit der Ausübung eines Staatsbürgerrechts zu vergleichen sei,** und Herzfeld mußte sich belehren lassen, daß der „alte liberale" Standpunkt wohl nicht zulasse, daß neben dem Sonntage noch zwei Wochentage zur Wahl genommen würden.

Es nützte aber alles nichts, die gesamte bürgerliche Reaktion stemmte sich gegen den von den Sozialdemokraten angestrebten Fortschritt. Wo es gilt, die Interessen der Demokratie niederzuknüppeln, sind sich die Bürgerlichen alle einig. Keiner von ihnen erhob sich für einen Sonntag als Wahltag, da damit ja die Dreitagewahl und gleichzeitig das terroristische Schleppsystem der Beamten beseitigt worden wäre. Aber auch der Antrag Herzfeld, wenigstens einen Sonntag mit zu den drei Wahltagen zu nehmen, wurde **mit großer Mehrheit niedergestimmt.** Das Hallische Bürgertum will eben keinerlei Verbesserung des Dreiklassenrechts.

Und wie sehr man am Ende gar noch darauf bedacht ist, Hallesche

Steuerzahler nicht einmal in den Besitz dieses Schandrechts kommen zu lassen,

zeigte sich bei der Beratung über die gegen die Richtigkeit der Liste erhobenen Einsprüche. Von 189 Einwendungen wollte man 44 nicht als berechtigt anerkennen, obwohl die Gründe dieser Ablehnung arg zerzaust wurden.

Genosse Gerig beantragte, von den 44 auch diejenigen noch zur Wahl zuzulassen, die nur eine einmalige Geldunterstützung von der Armenverwaltung erhalten haben. Nach dem 1909 erlassenen Gesetze solle eine einmalige Unterstützung zur Behebung einer Notlage nicht als Armenunterstützung gelten, durch die man das Wahlrecht verliert. Weiter beantragte er auch alle die noch in die Liste **aufzunehmen, die bis zum 15. Oktober das wahlfähige Alter erlangen.** Die Form, daß derjenige, der am Tage des Listenschlusses, dem 15. September, noch nicht 24 Jahre ist, nicht zugelassen wird, sei ungerecht. Man müßte alle bis zum Wahltag 24 Jahre alt werdenden Personen zulassen. Da nun der 15. Oktober der Tag ist, an dem spätestens die Wahlvorbereitungen beendet sein müssen, beantragte er ein für allemal, die Personen, die bis zum 15. Oktober 24 Jahre alt werden, in die Liste aufzunehmen. — Schließlich ersuchte er noch, auch die in die Liste aufzunehmen, die alle sonstigen Bedingungen erfüllen, aber noch nicht ein volles Jahr hier ansässig sind. Nach § 6 der Städteordnung kann durch Beschluß diesen Zugezogenen das Wahlrecht gegeben werden. Er ersuchte, von diesem Beschlußrecht Gebrauch zu machen.

Diese sozialdemokratischen Anträge bekamen aber nur die Stimmen unserer Genossen, **alle anderen Stadtverordneten sind gegen irgendwelche Erweiterung der Rechte!!** Sie stimmten nur dem Vorschlage des Ausschusses zu, die 145 in die Liste aufzunehmen, bei denen es nun einmal gar nicht anders geht.

Die brutale Rechtslosigkeit soll unverändert bleiben. Linderungen des Unrechts macht das Bürgertum nicht, trotz seines sonstigen Geredes vom gleichen Wahlrecht, von Wahlfreiheit und anderen schönen Dingen. **Das ist alles eitel Schaumschlägerei,** denn selbst das brutale Dreiklassenwahlrecht ist ja dem Bürgertum, wie die Verschlechterungen beweisen, noch zu freiheitlich. Wie erbärmlich tief die bürgerlichen Helden damit gesunken, zeigen die scheußlichen Auswüchse, die die Dreiklassenschmach wieder hervorgebracht hat. Bei der Wahl stehen hier **ganze 313 Wähler erster Klasse** mit demselben Stimmengewicht **27 875 Wählern dritter Klasse** gegenüber. Fast

hunderfach mehr Wahlrecht haben die Geldsackslente

also gegenüber den Besitzlosen. Und rechnet man die 2945 Wähler der zweiten Klasse als Anhänger des Reichtums, so kommt heraus, daß 3258 Mann in Halle vermöge des Geldsackwahlrechts die ganze Einwohnerschaft der Stadt unbeschränkt beherrschen.

Das aufreizende Geldsacksregiment leuchtet drastisch aus den Steuersummen hervor, die die Grundlage dieser Herrschaftsverteilung geben. In der Altstadt bringt der größte Steuerzahler die Steuersumme von 109 344 Mark ein; nur wer mehr als 2225,25 Mk. Steuern zahlt, darf noch mit ihm in der ersten Klasse wählen. Die zweite Klasse zahlt von 2221,95 Mk. bis herab zu 307,31 Mk. Steuern, was darunter ist, ist rechtloser, drittklassiger Plebs.

Ganz ähnlich liegt es in den Vororten. Erstklassige sind da nur die Steuerzahler von 109 544,57 Mk. bis herab zu 4193,47 Mk., für das Wahlrecht der zweiten Klasse muß man 4191,35 Mk. bis herab zu 273,42 Mk. zahlen, wer weniger zahlt versinkt in die Proletenmasse.

So ist nach Geldsacksgnaden das „Recht" verteilt.

Brutal rücksichtslos und ohne Gefühl, wie es eben nur das Kapital sein kann, wird das Menschenrecht, das höchste aller Güter, nach Pfennigen abgewogen! Flammender Zorn der Entrüstung sollte jeden packen und ihn aufpeitschen zum heftigsten Kampfe gegen ein so verruchtes System. Alle Entrechteten müssen wie ein Mann dastehen und die besten Kräfte daran setzen, um diese schmachvollen Zustände zu überwinden.

Fort vor allen Dingen mit den drittklassigen Stadtverordneten, die es wagen, dieses System noch zu stützen und es gar **noch toller, noch niederträchtiger** gestalten helfen.

Stadtverordnetenwahl bedeutet Wahlrechtskampf!

Liberale Sünden an der Volksgesundheit.

Kennzeichnend für die sozialreaktionären Gelüste der Fortschrittler bleibt eine Debatte, die im Stadtverordnetensaal über die Erweiterung des Stadtarztinstituts stattfand. Vom Magistrat war dem Kollegium die Vorlage unterbreitet worden,

eine Assistenzarztstelle

für das Stadtarztinstitut zu schaffen. Obgleich der Parteigenosse der Liberalen, Stadtv. Dr. Herzau, als ärztlicher Sachverständiger sich alle Mühe gab, zu beweisen, daß die Anstellung eines Assistenzarztes unbedingt nötig sei, stimmten die Herren Fortschrittler doch gegen die Magistratsvorlage. Dabei betrug die Mehrausgabe nur 2100 Mk. Aber das half alles nichts: Die Fortschrittshelden haben eben ihre Hausärzte. Sie sind wohl behütet und versorgt, mag das Proletenvolk im „freien Spiel der Kräfte" dahinsterben. Herr Döhler, der jetzt wieder zur Wahl steht, tat sich neben seinen Mitliberalen Giese und Meyer ganz besonders in diesem Kampfe gegen die öffentliche Gesundheitspflege hervor.

Sind die Herren Fortschrittler einerseits nicht dafür zu haben, die Gesundung des Volkes mit städtischen Mitteln zu fördern, so sind sie andererseits völlig damit einverstanden, daß ein dauernder Krankheitsherd,

die Bordellwirtschaft auf dem Schlamm,

fortbesteht und von dort aus durch Tausende von Besuchern die Ansteckung weitergetragen wird.

Obgleich 80 bis 90 junge Mädchen im Kampfe ums Dasein schon bis zur Prostitution herabgesunken sind und die hiesige Ortsgruppe des deutschen Sittlichkeitsvereins in einer Petition die Aufhebung der Bordelle beantragte, hatten die meisten bürgerlichen Stadtverordneten für ein solches gesundheitsförderndes Vorgehen doch absolut kein Verständnis. In der Petition wiesen die Petenten darauf hin, daß die Duldung der Bordelle widergesetzlich sei und auch gegen § 180 des Reichsseuchengesetzes verstoße, daß die öffentlichen Häuser ferner dem Ehebruch Vorschub leisteten, eine Hochschule der „widernatürlichen Unzucht", ein gefährlicher Ansteckungsherd der stark verbreiteten Syphilis und sonstiger Geschlechtskrankheiten sowie eine Quelle sozialen und wirtschaftlichen Elends seien. Vom Genossen Osterburg wurde dazu ausgeführt, daß nur das Recht auf Existenz dazu führen könne, der Prostitution den Lebensfaden abzuschneiden. Wie schlecht es aber mit dieser Existenz bestellt sei, beweise die überaus schlechte Bezahlung der weiblichen Arbeitskräfte in Handel und Industrie, die vielfach die Mädchen zwingen, sich der Prostitution zu ergeben, um nur existieren zu können. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sei es also, die bei der Frauenwelt vielfach den „Verkauf der Liebe" bedinge. Die Aufhebung der Bordelle müsse unbedingt herbeigeführt werden, da die Prostituierten von den Bordellbesitzern ganz besonders ausgebeutet und außerdem noch drangsaliert und malträtiert würden. Müssen doch die Prostituierten an ihre „Arbeitgeber" vielfach einen täglichen Tribut von 8—10 Mk. und noch mehr zahlen, um dem traurigen Gewerbe frönen zu dürfen. Man möge sich ein Beispiel an Kopenhagen nehmen, dort seien die Bordelle aufgehoben, und man habe gute Erfahrungen gemacht, zumal laut Gesetz in Dänemark jeder verpflichtet sei, sich auf Staatskosten in irgend einem Krankenhause von einer eventuellen Geschlechtskrankheit kurieren zu lassen. Während in Deutschland bis vor kurzer Zeit die Krankenkassen noch nicht einmal für die Kurkosten von Geschlechtskranken aufzukommen brauchten.

Alle diese Begründungen konnten aber die bürgerlichen Stadtverordneten, und ganz besonders die Liberalen nicht bewegen, die Aufhebung der Bordelle zu beschließen. Für Beseitigung der Arbeitslosigkeit, für Not und Elend, Aufhebung der Prostitution und andere soziale Schäden am Volkskörper haben die bürgerlichen Stadtverordneten kein soziales Verständnis, im Gegenteil, das paßt alles in ihr Spiel der freien Kräfte hinein. Es wird alles so eingerichtet wie es den Besitzenden am nützlichsten ist, mag dabei auch mit Bordellen aber ohne Stadtarzthilfe das Volk den schleichenden Seuchen erliegen. Der Liberale weiß, es geschieht ihm nichts dafür. Und er hat recht, wenn nicht die Arbeiter bei der kommenden Wahl in Massen das Gegenteil beweisen.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 29. Oktober 1913.

Achtung, Gewerkschaften und Vereine!

Am Donnerstag, den 6. November, finden zur Agitation für die Stadtverordnetenwahlen

drei öffentliche Versammlungen

statt. Vorgesehen sind als Versammlungslokale der „Volkspark", die „Ballsäle" und der „Letzte Dreier". Als Redner sind gewonnen worden der Landtagsabgeordnete Hirsch-Berlin, der Reichstagsabgeordnete Albrecht-Halle und der Stadtverordnete Lehmann-Leipzig.

Wir ersuchen dringend, an diesem Tage keinerlei Veranstaltung zu treffen.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für Halle-Saalkreis.

Das Wettiner Versammlungsverbot.

In der Sonntagsnummer wurde bereits auf die eigenartigen Praktiken hingewiesen, die der Bürgermeister Fuhrmann in Wettin anwandte, um das Versammlungsrecht des arbeitenden Volkes illusorisch zu machen. Unsere Leser werden sich bereits ein Urteil gebildet haben, und sie werden mit gebührender Empörung davon Kenntnis nehmen, daß es unsern Gegnern trotz der lebhaftesten Bemühungen des Parteisekretariats doch gelungen ist, auch den zweiten Versuch zur Abhaltung der Versammlung erfolglos zu machen.

Mit seinen letzten Amtshandlungen hat Herr Fuhrmann sicherlich einen Rekord aufgestellt. Lassen wir die Geschehnisse sprechen: Um ganz sicher zu gehen, wurde ein erneutes Gesuch um Genehmigung einer Versammlung unter freiem Himmel nicht nur schriftlich nach Wettin übersandt, sondern vom Parteisekretär Hildebrandt-Halle am Freitag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, also zeitig genug, persönlich bei der Polizeiverwaltung in Wettin überreicht. Nach einstündiger Wartezeit gab es endlich den Bescheid, die Genehmigung könne erst am nächsten Morgen um 9 Uhr gegeben werden, **der Herr Bürgermeister müsse sich erst orientieren!** Am nächsten Morgen lehnte Herr Fuhrmann in brüskier Weise jede mündliche Verhandlung ab, wenn sich Hildebrandt nicht als Parteisekretär Hildebrandt legitimieren könne. Der Hinweis, daß er ja selbst am Tage vorher das Schriftstück überreicht, den Beamten also persönlich bekannt sein müßte, genügte nicht.

Nachdem sich dann Genosse Hildebrandt nochmals bei dem im Grundbuch eingetragenen Eigentümer vergewissert hatte, daß derselbe seine Zusage auf keinen Fall zurückzieht, wobei dieser nochmals erklärte, der einzige und unbestrittene Eigentümer zu sein, begab sich Genosse Hildebrandt nochmals zur Polizeiverwaltung, um hier zu erfahren, daß **der Eigentümer gar nicht der Eigentümer sei!** Ein anderer, ein Herr Häder, amtlicher Desinfektor seines Zeichens, war als Eigentümer entdeckt worden; dieser hatte schriftlich Protest gegen das Abhalten der Versammlung erhoben und polizeilichen Schutz gegen etwaige Versammlung besucher verlangt. Der Hinweis des Parteisekretärs, soeben mit dem Eigentümer gesprochen, soeben die Versicherung erhalten zu haben, daß dieser unbeschränkter Eigentümer sei, **genügte dem Herrn Bürgermeister immer noch nicht.** Er lehnte es ab, sofort Bescheid zu geben, stellte ihn vielmehr schriftlich in Aussicht.

Am Montag, den 27. Oktober, also einen Tag nach dem Termin, an dem die Versammlung stattfinden sollte, lief beim Einberufer das folgende Schreiben ein:

Wettin, den 25. Oktober 1913.

Die Polizei-Verwaltung.

Bevor Ihrem Gesuche vom 24. dieses Monats um Abhaltung einer öffentlichen politischen Versammlung hier, stattgegeben werden kann, wird um genaue Angabe der Lage des Versammlungsortes gebeten.

Nach hier getroffenen Feststellungen befindet sich auf dem betreffenden Grundstücke, Könnernsche Straße 348c, kein Acker. Ueber einen andern eventuell in Frage kommenden Acker ist beiliegendes Schutzersuchen an die Polizei ergangen.

Fuhrmann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131030-16/fragment/page=0005

Die freiwillige Erklärung des Herrn Häder, auf die sich Bürgermeister Fuhrmann beglaubigt, hat folgenden Wortlaut:

Abschrift. Wettin, den 26. Oktober 1913.

Es erscheint freiwillig der Desinfektor Wilhelm Häder, hier, und erklärt:

Wie ich gehört habe, will die sozialdemokratische Partei morgen Sonntag den 26. Oktober auf dem ehemalig Döring jr.schen Acker eine politische Versammlung abhalten. Dieser Acker ist vor etwa 6 bis 8 Wochen durch mündlichen Vertrag von mir gekauft und habe ich, obgleich die gerichtliche Auflassung noch nicht erfolgt ist, das Bewirtschaftungsrecht.

Ich bitte um polizeilichen Schutz, daß die Versammlung auf diesem Acker nicht stattfindet.

v. g. u.
gez. F. W. Haeder.
geschlossen: gez. Richter.

Wenn's nicht geschehen und erlebt wäre, könnte man's kaum fassen. Trotz des klaren Wortlauts des Vereinsgesetzes, das im § 7 besagt, „im Falle der Verweigerung ist dem Veranstalter sofort ein kostenfreier Bescheid mit Angabe der Gründe zu erteilen" — trotz dieses klaren Wortlauts von der Pflicht der Polizeibehörde zur sofortigen Bescheiderteilung dieses eigenartige, die preußische Unfreiheit treffend illustrierende Verfahren. Und auf dieses „Juwel" von Vereinsgesetz, das eine solche Behandlung der Staatsbürger zuläßt, ist unser Liberalismus noch besonders stolz!

Aber noch eine Frage haben wir an den Wettiner Bürgermeister und Polizeiverwalter zu richten. Von den Gegnern unserer Partei wird immer behauptet, die Sozialdemokraten wollten anderen das Eigentum nehmen! Herr Bürgermeister Fuhrmann! Wer ist denn hier tätig, um einem einwandfreien, im Grundbuch eingetragenen Eigentümer sein Eigentum abzusprechen?!

Wie dem auch sein mag: die Akten über das jüngste Wettiner Versammlungsverbot sind noch nicht geschlossen. Denn die Partei wird Veranlassung nehmen, der Aufsichtsbehörde Gelegenheit zu geben, sich über die eigenartigen Eigentumsbegriffe des Wettiner Polizeiverwalters zu äußern und von ihr ein Urteil verlangen darüber, ob das Versammlungsverbot überhaupt zu Recht erfolgt ist oder nicht. Nach dem klaren Wortlaut des Vereinsgesetzes im § 7 sollte über seinen Inhalt eigentlich kein Zweifel bestehen.

Gegen die Verschandelung der Burgruine Giebichenstein wird Protest erhoben in einem Eingesandt der bürgerlichen Presse. Da der Protest unserer Meinung nach durchaus berechtigt ist, und weil in Halle überhaupt ein wenig nachdrücklicher auf die Notwendigkeit des Schutzes historischer Bauten und landschaftlich hervorragender Gegenden hingewiesen werden muß, sei das Eingesandt an dieser Stelle ausführlich wiedergegeben:

„Quod non fecerunt Gothi, hoc fecerunt Scoti" schrieb Lord Byron, als er die Zerstörung sah, welche seine Landsleute in Athen verübt hatten! Damals hatten verschiedene Völker in verschiedenen Zeiten zu der Verunglimpfung der schönen Bauwerke beigetragen. Heutzutage, wo der einzelne vielseitiger ist, kann auch ein und dieselbe negative Kraft mancherlei Schädigendes bewirken: Man sehe die Ruine Giebichenstein an! Als sie in den Besitz der Stadt überging, war deren erste Tat die Beseitigung der romantischen Bedeckung durch Buschwerk und Efeu, das einen märchenhaften Zauber ausübte und stets neue Ausblicke gestattete. Es wurde so etwas wie ein Villengarten geschaffen, ein Platz, der allein den Vorteil hat, daß ein Schutzmann von der Mitte aus ihn bequem überblicken kann. Dann wurde die bezeichnende alte Silhouette des Turmes zerstört; auf den tausendjährigen Turm wurde statt des charakteristischen glatten Daches mit ganz flacher Spitze ein hohes Spitzdach mit Fenstern gesetzt. Dann kam die Regenröhre. Nämlich an dem tausendjährigen Bergfried ergänzte eines schönen Tages strahlend und weit hinaus leuchtend, in der ganzen Höhe des Turmes, eine senkrecht herunterreichende blecherne Regenröhre! Allerdings war ihre Lebensdauer sehr gering, denn Dank des Eingreifens der Regierung in Merseburg verschwand sie auf Nimmerwiedersehen im Innern des Turmes. Jetzt kann jedermann die neueste Verböferung von der Kröllwitzer Seite aus bewundern. Ein Teil der alten ehrwürdigen Mauern bietet durch ungeschickte Behandlung mit Zementmörtel den Eindruck eines völlig neuen Bauwerkes, einer künstlichen Ruine! Während auch jetzt die noch nicht reparierten Flächen der Nordfront die so schöne Farbengebung des einheimischen rot leuchtenden Porphyrs aufweisen, sind die reparierten Mauerteile der Nordfront mit einem häßlichen schmutzig aussehenden grauen Kleide übertünscht. Vielfach ist auch das lieblich wirkende deckende Grün zerstört und die oberen Kanten der Mauern mit dicken Zementschichten belegt. Die Fugen sind hierbei ganz besonders hell und dick ausgestrichen worden, so daß der Effekt für den kunstsinnigen und pietätvollen Betrachter ein geradezu niederschmetternder ist. Wie ist es möglich, daß die Stadt bei ihrem zahlreichen gut dotierten Baupersonal etwas derartiges anordnen bezw. geschehen lassen konnte? Wo ist der künstlerische Beirat?

Ja, ja: Wie war es möglich? Wie war so manches andere möglich, das in einer Großstadt, die sich um die Heranziehung des Fremdenverkehrs bemüht, nicht möglich sein durfte?!

Man sieht's in Halle an allen Ecken und Enden: Gründlichkeit und Solidität ist noch nie die starke Seite unserer liberalen Stadtverwaltung gewesen!

Gegen das Anbieten von Schmiergeldern, das jetzt in der Geschäftswelt sehr eingerissen ist und einen Verein gegen das Bestechungsunwesen auf die Beine gebracht hat, richtete sich ein Prozeß, der am gestrigen Dienstag die hiesige Strafkammer beschäftigte. Angeklagt war der hiesige Fabrikbesitzer und Kaufmann Otto Bertram, der gegen das Gesetz betreffend den unlauteren Wettbewerb verstoßen haben sollte. Er wird beschuldigt, im März v. J. im geschäftlichen Verkehr, um Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen, in unzulässiger Weise Geschenke angeboten zu haben. Als Nebenkläger und im Interesse der Genossenschaftsbäckerei in Olbernhau (Sachsen) traten zwei Rechtsanwälte im Auftrage des Vereins gegen das Bestechungswesen auf.

Bertram war, so ergab die Verhandlung, mit der Genossenschaftsbäckerei des Konsumvereins in Olbernhau wegen Lieferung von Maschinen- und Dampfbacköfen in Geschäftsverbindung getreten. Der Backmeister Kirmse der dortigen Genossenschaft hatte sich dann an Bertram behufs Lieferung von Katalogen für Dampfbacköfen gewendet; B. hatte die Kataloge eingesandt und dann an den Backmeister nebenbei einen Brief gerichtet, in dem es etwa hieß: „Es ist mir angenehm, wenn Sie für mich eintreten und zeige ich mich dafür gern erkenntlich. Halten Sie mich bitte auf dem Laufenden; es sollte mich freuen, wenn ich durch die Lieferung Gelegenheit hätte, Ihnen näher zu kommen." In diesem Briefe wird das unlautere Geschäftsgebaren B.s erblickt.

Der Beschuldigte bestritt, sich strafbar gemacht zu haben. Mit dem Schreiben habe er keineswegs beabsichtigt, Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Das Anbieten von Geschenken oder sog. Tutweisungsprovisionen sei üblich. Gewiß sei es schon vorgekommen, daß Backmeister und Bäckergesellen in solchen Bäckereien einmal ein Geschenk erhalten haben. Das geschehe aber nicht, um die Lieferung zu erhalten, sondern meist nach Abschluß des Geschäftes und besonders deshalb, daß Meister und Gesellen die Maschinen oder Oefen nach der Montierung gut erhalten und behandeln. Denn gewöhnlich müsse der Lieferant eine längere Garantie für die Güte der Gerätschaften leisten, und da sei der Lieferant vom Meister und Gesellen wohl abhängig. Das Anbieten oder Geben solcher Geschenke sei als ein harmloses Trinkgeld aufzufassen. Tatsächlich hat Bertram für die Genossenschaft die Dampfbacköfen geliefert. Backmeister Kirmse stellte aber in Abrede, von Bertram irgendeine Provision erhalten zu haben. Im übrigen erinnere er sich nicht, daß er jenen Brief erhalten habe, da die Sache wohl 1½ Jahr zurückliege. Daß solche Lieferanten in Bäckereien einmal etwas zum besten geben, komme allerdings vor.

Der Staatsanwalt und die Nebenkläger erachteten jedoch nach dem Inhalt des Schreibens unlauteren Wettbewerb als vorliegend; es wurde gegen B. eine Geldstrafe von 60 Mk. beantragt. Das Gericht kam jedoch zur Freisprechung mit folgender Begründung: Gewiß habe das Gericht die Ueberzeugung, daß das Anbieten von Schmiergeldern ein Uebel sei, das beseitigt werden müßte. Es bestehe auch kein Zweifel, daß dem Bäckermeister durch das Schreiben ein Geschenk in Aussicht gestellt worden ist. Dem Angeklagten sei aber nicht nachgewiesen, daß er durch sein Tun eine Beseitigung der Konkurrenz beabsichtigt habe. Das Angebot war unschön und wenig angenehm, aber nicht strafbar.

---

* **Zur Frage der Schweigepflicht der Gewerbegerichtsbeisitzer** hat das Reichsgericht am 28. Oktober ein bemerkenswertes Urteil gefällt. Nach dem Vorbild der Strafprozeßordnung, die den Schöffen und Geschworenen ein absolutes Schweigegebot über die Vorgänge in geheimer Sitzung und Beratung zur Pflicht macht, ist auch den Beisitzern des Gewerbegerichts durch § 53 des Gewerbegerichtsgesetzes jede Indiskretion bei Strafe der Amtsentsetzung unbedingt untersagt. Der Gesetzgeber und die Rechtsprechung motivieren dies mit dem Interesse der Unabhängigkeit der Gewerberichter, die es meist mit so tief einschneidenden sozialen Interessen zu tun hätten, daß jedem Besitzer das Bekanntwerden seiner persönlichen Stellungnahme den Haß Andersdenkender und sonstige Benachteiligung zuziehen könnte, die ihn dann zu einer Verleugnung seiner Anschauungen führen müßten, wie sie eines Richters unwürdig sei. Ob eine Entschuldigung darin gefunden werden kann, daß der betreffende Beisitzer die Indiskretion nur deshalb begeht, um sich seinen Parteigenossen gegenüber persönlich zu rechtfertigen und ob dies Motiv den Vorwurf der gröblichen Verletzung der Amtspflicht, die Voraussetzung einer Amtsentsetzung, entkräften kann, diese interessante Frage stand in folgendem Prozeß zur Diskussion: Das Landgericht Leipzig hatte am 17. Juni 1913 einen Antrag der Staatsanwaltschaft, den Schneidergehilfen Richard Krütze aus Wurzen, der als Beisitzer des Gewerbegerichts von Vorgängen in der Beratung anderen Personen Mitteilung gemacht hatte, wegen gröblicher Verletzung der Amtspflicht (§ 21 Abs. 3 des Gewerbegerichtsgesetzes) seines Amtes zu entsetzen, abgelehnt und den Angeklagten freigesprochen, da keine gröbliche Pflichtverletzung vorgelegen habe, weil er persönliche Interessen habe wahrnehmen wollen, indem er sich seinen Freunden gegenüber betreffs seines Verhaltens in der Beratung zu rechtfertigen suchte. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hin, die die Urteilsbegründung für unzulänglich befand, hat der 4. Strafsenat des Reichsgerichts am 28. Oktober 1913 das landgerichtliche Urteil aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen, da die Ausführungen der Vorinstanz nicht die genügende Garantie gäben, ob die Anschauungen der Strafkammer nicht von Rechtsirrtum bestimmt gewesen seien. Jedenfalls fehle eine einwandfreie Entscheidung der Tatfrage, ob es sich hier um eine gröbliche Pflichtverletzung im Sinne von § 21 Abs. 3 des Gesetzes handle. Das Schweigegebot habe den ausgesprochenen Zweck, die Judikatur der Gewerbegerichte unabhängig und damit das Vertrauen zu dieser sozial so bedeutsamen Institution zu erhalten. Daher könne kein wie auch immer gewählter Entschuldigungsgrund dieses Verbot durchbrechen. Die Strafkammer, die im Hinblick auf Krützes Rechtfertigungsinteresse eine „Gröblichkeit" verneint habe, müsse deshalb in Anbetracht dieser Erwägungen die Frage nochmals prüfen, gleichzeitig aber auch feststellen, ob Krütze die erforderliche Kenntnis des Gewerbegerichtsgesetzes besessen habe.

* **Jugendwanderung.** „Der Wanderstab, ein Zauberstab, führ' ihn bergauf, bergunter, er zeigt mit jedem neuen Schritt ein neues Weltenwunder." Die erste von den Naturfreunden veranstaltete Schuljugend-Wanderung hatte sich einer Beteiligung von 39 Kinder beiderlei Geschlechts, im Alter von 7 bis 14 Jahren zu erfreuen. Es wurden den Kindern der Jahreszeit entsprechend, warme Getränke verabreicht, und so war denn eine bewundernswerte Begeisterung und Freude in den Kindern wachgerufen worden. Mehrere Stunden wurde Rast gemacht, bei welcher die Zeit größtenteils mit Gesang und Gesellschaftsspielen ausgefüllt wurde. Freudig und guter Laune zogen die Kleinen, an die in Gemeinschaft verlebten Stunden des Tages gedenkend, mit nicht verstummen wollendem Gesange abends den heimatlichen Gefilden zu. Jedenfalls sind wir, sowohl auch die Kinder, an diesem Sonntag auf unsere Rechnung gekommen und hoffen, daß das nächstemal die Beteiligung eine noch größere sein wird.

* **Arbeiter-Samariterkolonne.** Unsere Uebungsstunde findet heute, Mittwoch abend, in der Goldenen Kette statt. Mitglieder werden daselbst noch aufgenommen.

* **Wem gehört das Kind?** Der erste Staatsanwalt macht bekannt: Am 23. August 1913 gegen 12 Uhr mittags wurde auf dem Felde hinter dem Lagerplatze von Rillmann und Lorenz in Halle a.-S., Delitzscherstr. 74, ein lebendes, etwa 2—3 Wochen altes Kind männlichen Geschlechts gefunden, nebst folgenden Sachen: 2 rotgestreifte Barchentkleidchen, 12 Windeln aus verschiedenfarbigem alten Zeug, 1 gehäkelte weiße Nabelbinde mit rotem Rande, 1 gestrickte weiße Nabelbinde, 2 gestrickte wollene Häckchen, 2 blaupunktierte Barchentjäckchen mit dunkelblauen Spitzen um Kragen und Aermel, 1 weißes Barchentjäckchen und 4 leinene Häckchen. Sämtliche Sachen sind ungezeichnet. Sie waren in blauem Packpapier eingewickelt. Personen, die zu Ermittelungen der Herkunft des Kindes Angaben machen können, wollen dies zu den Akten 2J. 1089/13 anzeigen.

* **Unfälle.** Beim Hausieren mit Kartoffeln stürzte heute morgen der Händler Schmidt, Alter Markt wohnhaft, in der Leipzigerstraße mit einem Sack Kartoffeln eine Treppe herunter und schlug so unglücklich auf eine Stufe, daß ihm die Nase halb abgetrennt wurde. Sch. mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Ein Ingenieur wurde gestern abend an der Ecke der Bernhards- und Thomasiusstraße von einem Fleischerwagen umgerissen und überfahren. Er trug Verletzungen am Kopfe und am rechten Beine davon, konnte jedoch seine Wohnung allein aufsuchen. Nach Angabe von Zeugen trifft den Führer des Wagens die Schuld. — Gestern nachmittag wurde der Schlosser Ernst Prigg, Unterberg wohnhaft, beim Stapeln von Brettern in der Schillerstraße begraben. Durch große Mühe mußte er aus dieser Lage befreit werden. Er hat einen Armbruch erlitten und klagte über Schmerzen auf der Brust. Der Bedauernswerte wurde der Klinik zugeführt.

* **Spitzbübereien.** Gestohlen wurden in der Zeit von 18. bis 20. Oktober: eine Stahl-Taschenuhr, Nr. 1678, weißes Zifferblatt, arabische Ziffern; am 23. Oktober: ein Herrenfahrrad, Marke Premier, schwarzer Rahmen, gelbe Felgen, Torpedofreilauf, nach oben gebogene Lenkstange und ein Herrenfahrrad, Marke Wartburg, schwarzer Rahmen, nach oben gebogene Lenkstange, ohne Freilauf, ausgebesserte Mäntel. Anfang Oktober will ein festgenommener Einmieterdieb (Theobald Urban) in der Leipzigerstraße gewohnt und diese Wohnung verlassen haben, ohne die Miete zu bezahlen. Der Geschädigte wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 37, zu melden.

* **Stadttheater.** Es kann voraussichtlich nur noch eine Wiederholung von Bizets Carmen, und zwar heute abend stattfinden. Auf vielfache Anregung hin beginnt die letzte Aufführung von Ernste Schränke von Herbert Eulenberg, die bei dem sehr zahlreich erschienenen Publikum der Premiere am vergangenen Montag einen großen Erfolg hatten, Donnerstag abend 8 Uhr. Die Vorzugskarten der Literarischen Gesellschaft haben ausnahmsweise auch an diesem zweiten Abend Gültigkeit. Freitag, zum letzten Male: Tannhäuser. Sonnabend: Filmzauber. Beginn 8 Uhr. Sonntag vormittag Matinee der Literarischen Gesellschaft Gawan. Nachmittags: Die Förster-Christl. Abends: Der fliegende Holländer.

* **Von der Fleischpreis-Notierungskommission** am städtischen Schlacht- und Viehhofe wurden am Montag, den 27. Oktober 1913, folgende Fleischpreise festgestellt. Es wurden bezahlt für 50 kg Fleischgewicht für Kühe: Höchster Preis 77, niedrigster Preis 70, häufigster Preis 75 Mk.; für Bullen: Höchster Preis 75, niedrigster Preis 69, häufigster Preis 73 Mk.; für Rinder: Höchster Preis 74, niedrigster Preis 59 Mk.; für Saugkälber: Höchster Preis 85, niedrigster Preis —, häufigster Preis — Mk.; für Lämmer und Masthammel: Höchster Preis 85 Mk.; für Schafe: Höchster Preis 78, niedrigster Preis 72, häufigster Preis 74 Mk.; für Schweine: Höchster Preis 78, niedrigster Preis 72, häufigster Preis 76 Mk. Bei den Schweinen versteht sich der Preis auf 50 kg Schlachtgewicht. (Gewogen und bezahlt werden nur die beiden Körperhälften, einschließlich des Schmeeres unter unentgeltlicher Zugabe des sogenannten Krames: Geschlinge, Magen, Darm, Mittel und Blut.)

Ammendorf. Starken Verkehr hatte an den Kirmestagen die elektrische Fernbahn Halle—Merseburg zu bewältigen. Die Bahn beförderte am Sonntag 18 474 Personen, gegen 12 674 Personen im Vorjahre. Am Montag benutzten 9026 Personen die Fernbahn, gegen 8586 Personen im Vorjahre. Die Zahl der an den beiden Kirmestagen beförderten Personen beträgt demnach insgesamt 27 500, gegen 21 260 im Vorjahre.

Löbejün. Die Stadtverordnetenwahlen finden in unserer Stadt bekanntlich am 12. November statt. Die dritte Abteilung wählt von 3 bis 5 Uhr nachmittags. Außer der Neuwahl für den durch die dritte Abteilung gewählten Max Spangenberg sind Ersatzwahlen zu tätigen von der zweiten Abteilung für Gutsbesitzer Albert Deparade und Kaufmann Emil Fuchs, von der ersten Abteilung für Steinbruchsbesitzer Hermann Busch.

— Neuer Fleischbeschauer. Dem Tierarzt Dr. Wiese hierselbst ist mit Genehmigung des Regierungs-Präsidenten durch den Landrat des Saalkreises das Amt eines Fleischbeschauers und die Ergänzungsbeschau für den bisher vom Tierarzt Dr. Boerner in Löbejün verwalteten Bezirk übertragen worden.

Wettin. Zur Krankenkassenwahl. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die wiederholte Wahl der Ausschußmitglieder für die Saalkreis-Ortskrankenkasse heute, Donnerstag, den 30. Oktober, abends von 5 bis 6½ Uhr, im Gasthof Zum Preußischen Hof stattfindet. Die am 16. Oktober vorgenommene Wahl ist bekanntlich als ungültig erklärt worden. Gehe heute jeder Wahlberechtigte zur Wahlurne und gebe den Stimmzettel mit der Ordnungsnummer 2 ab. Stimmzettelverteiler sind am Wahllokal.

Aus der Provinz.

Hie Großgrundbesitz — hie Bauer!

Bund der Landwirte und Bauernbund, beides Vertreter agrarischer Interessen, bekämpfen sich seit den letzten Reichstagswahlen in heftigster Weise. Besonders im Wahlkreise Sangerhausen-Eckartsberga, wo 1912 der Bundeskandidat von dem Nationalliberalen und 2. Vorsitzenden des Bauernbundes Wamhof mit Hilfe des Freisinns verdrängt wurde, nimmt der Kampf zeitweise recht bedenkliche Formen an. Wird er auch in der Hauptsache von den beiden „Ehef"redakteuren der Sangerhäuser Lokalpresse bestritten, die sich dabei zum Ergötzen der Leser gegenseitig ihre hervorragenden persönlichen — Eigentümlichkeiten vorwerfen, so ist doch auch eine Uebertragung der Gegensätze auf die Landwirte unverkennbar. Hie Großgrundbesitzer, hie Bauer! Die nationalliberale Partei, die sich im Wahlkreise besonders auf die kleineren Landwirte stützt, beutet diese Gegensätze gehörig aus, indem sie hauptsächlich den mit ihr verbündeten Deutschen Bauernbund in den Vordergrund schiebt.

So hat sie jetzt wieder den Geschäftsführer des Bauernbundes, Dr. Böhme, den „Besieger" des Junkers Kröcher, für eine Reihe von Versammlungen gewonnen, zu denen nur „königstreue" Wähler Zutritt haben. Die „Königstreuen" scheinen aber nicht besonders dig gefäh zu sein, denn die kürzlich in Sangerhausen abgehaltene Versammlung war von kaum 80 Personen besucht. Dr. Böhme sprach nur über den Bund der Landwirte und den Bauernbund und überzeugte uns aufs neue, daß der Unterschied zwischen beiden strittagrarischen Gebilden nur ganz geringfügiger Natur ist, daß insonderheit für den Arbeiter, den Gewerbetreibenden, den kleinen Beamten und den kleinen Landwirt der Bauernbund ebensowenig in Frage kommen kann, wie sein größerer, kapitalkräftigerer Gegner. Für hohe Zölle tritt auch er ein, und die kleinen Unterschiede, die sich gegenüber den Forderungen der Großagrarier ergeben, fallen für die Konsumenten kaum ins Gewicht. Wenn daher die Sendboten des Bauernbundes, gestützt auf ihren „Liberalismus", ihre Sirenenklänge im Wahlkreise ertönen lassen, so mögen besonders auch die kleinen Bauern obiges bedenken und sich nicht einfangen lassen. Denn sie haben von hohen Zöllen keinen Nutzen, und ihre Nachkommenschaft noch viel weniger. Der Großgrundbesitz reißt immer mehr Grund und Boden an sich, die Söhne der kleinen Bauern können keine „eigene Scholle" erwerben und wenden sich der Industrie zu. Als Industriearbeiter empfinden sie dann ganz besonders den „Segen" der Schutzzollpolitik. Durch die heftige gegenseitige Bekämpfung der beiden Bünde darf man sich nicht blenden lassen. Hier treffen Heinrich Heines Verse: Und es will mich schier bedünken . . . ganz besonders zu.

Merseburg. Ein Erfolg. Die Stadtverordneten hatten sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Eingabe zu beschäftigen, in welcher verlangt wurde, die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen an einem Sonntage vorzunehmen. Wie bereits bekannt, erklärte der Magistrat, daß er eine Anfrage an 23 andere Städte gerichtet und die Antwort erhalten habe, daß auch dort die Wahlen an einem Sonntage nicht stattfänden, mithin liege auch hier kein Bedürfnis vor, von dem bisherigen System abzuweichen. Die Stadtverordneten lehnten hierauf die Eingabe ab, beschlossen aber, den Magistrat zu ersuchen, die Wahlzeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends festzusetzen. Der Beschluß zu diesem Vorgehen wurde in einer Sitzung der Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins gefaßt und hierbei betont, daß bei den gegenwärtigen ungünstigen Verhältnissen und einer ungünstig angesetzten Wahlzeit vielen Wählern die Ausübung ihres Wahlrechts einfach genommen würde. Die mit über 400 Unterschriften versehene Petition hatte folgenden Wortlaut:

„Unterzeichnete ersuchen den wohllöblichen Magistrat und das wohllöbliche Stadtverordneten-Kollegium, den Wahltermin zu der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131030-16/fragment/page=0006

diesjährigen Stadtverordnetenwahl, 3. Abteilung, auf einen Sonntag zu verlegen. Ein großer Teil der Wähler kann sein Wahlrecht an einem Wochentage gar nicht und ein anderer Teil wiederum nur unter Verlust von Arbeitsverdienst ausüben. Die sich in diesem Jahre so früh bemerkbar machende Arbeitslosigkeit mit allen ihren Schädigungen verpflichtet die Arbeiterschaft zur größten Vorsicht und muß jede Stunde Arbeitsverlust nach Möglichkeit vermieden werden. Auch geht man jetzt immer mehr dazu über, die Wahlen an einem Sonntage vorzunehmen, damit allen Wählern die Beteiligung an der Wahl erleichtert wird. Dasselbe Verfahren dürfte sich auch in der Stadt Merseburg ermöglichen lassen. Wir bitten den wohllöbl. Magistrat und die wohllöbl. Stadtverordneten einen dem Ersuchen gemäßen Beschluß herbeizuführen."

Diese Petition gelangte neben einem Begleitschreiben an sämtliche Stadtverordneten, worin dieselben ersucht wurden, für diese Petition einzutreten. An den Mitunterzeichneten Genossen Hey gelangte nun am 25. Oktober folgende Antwort:

„Auf die Eingabe vom 18. September ds. Js. gereicht Ihnen zum Bescheide, daß wir uns nicht haben entschließen können, den Wahltermin für die Stadtverordnetenwahlen der 3. Abteilung auf einen Sonntag festzulegen, weil eine Notwendigkeit hierzu nicht vorliegt. Die Zeit für die Wahlen ist aber von **vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr ausgedehnt** worden und hierdurch jedem Wähler hinreichend Zeit zur Ausübung seines Wahlrechts gegeben worden. Den Mitunterzeichnern der Eingabe wollen Sie hiervon Kenntnis geben. gez. Wolff."

Die Leser und Parteigenossen ersehen hieraus, daß etwas zu erreichen ist, wenn sich jeder in den Dienst unserer guten Sache stellt. Unser Vorgehen hat zwar nicht den gewünschten Erfolg gebracht, stellt aber gegen die Fortsetzung der bisherigen Wahlzeit (10 bis 5 Uhr) einen sehr guten Fortschritt dar. Parteigenossen! An Euch liegt es nun, zu beweisen, daß ein wirkliches Interesse für die in unserem Stadtparlament zu behandelnden Gegenstände vorhanden ist. Sorge und agitiere ein jeder dafür, daß am Wahltage auch der letzte Mann an die Wahlurne tritt, denn nur dann wird der Sieg auf unserer Seite sein!

— Vermißt wird seit voriger Woche der am hiesigen Lyzeum wirkende Lehrer Gaedtke. Er hat seine Wirkungsstätte ohne Angabe von Gründen verlassen und ist seit dieser Zeit verschollen. Ueber das Verschwinden des 35 Jahre alten Lehrers schwirren die widersprechendsten Gründe umher.

Schkeuditz. Auf zur Wahl für die Ortskrankenkasse! Morgen, Donnerstag, von vormittags 8—12 Uhr, findet die Wahl der Arbeitervertreter für die Ortskrankenkasse im alten Rathause statt. Arbeiter seid auf der Hut! Die Hirsch-Dunckerschen haben die Absicht, mit ihrer Mischmaschliste die jetzige Mehrheit der loyal denkenden Vertreter der Arbeiter zu verdrängen. Ein jeder Arbeiter, auch Frauen und Mädchen, sobald sie 21 Jahre alt und Mitglieder der Kasse sind, haben das Wahlrecht. Freiwillige Mitglieder der Ortskrankenkasse sowie Ausländer sind ebenfalls wahlberechtigt. Es gilt bei der jetzigen Wahl das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkasse vor den Gegnern zu retten. Wer morgen, Donnerstag, nicht zur Wahl geht, schädigt sich selbst und seine Angehörigen. Bleibe deshalb keiner zu Hause und mache jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch. **Wähle Wahlvorschlag 1!**

Teltitzsch. Schadenfeuer. Am Dienstag abend brannte eine dem Freigut Benndorf gehörige, mit Vorräten angefüllte Scheune vollständig nieder. Eine Lokomobile konnte gerade noch rechtzeitig, ehe die Mauern einstürzten, fortgeschafft werden, während der innenstehende sogenannte Dreschkasten von den Flammen verzehrt wurde. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt.

Gräfenhainichen. Eine Schlägerei mit blutigem Ausgange hatte für den 28jährigen Bohrmeister Heinrich Dietzmann und die 20jährigen Arbeiter Paul Schorning und Friedrich Korn von hier ein recht böses Nachspiel. Alle drei wurden vom hiesigen Schöffengericht, D. zu zwei Wochen, Sch. und K. zu je zwei Monaten Gefängnis, verurteilt, weil sie am Abend des 19. April den 23jährigen Tischler Johannes Dittmar in brutaler Weise mißhandelt haben sollen. Gegen dieses Urteil hatten die Angeklagten, aber auch der Staatsanwalt, Berufung bei der Strafkammer in Halle eingelegt. Sch. und K. waren auch noch nebenbei verurteilt worden, dem Mißhandelten eine Buße von 200 Mk. zu zahlen. Der erst einige Wochen hier weilende Dittmar hatte an dem betreffenden Abend ein Tanzvergnügen besucht und will von Sch. im Saal ohne jeden Anlaß öfter angerempelt worden sein. Als er sich dies verbat, kam es zu einem Wortwechselt und dann zwischen D., der nach Hause gehen wollte, auf der Straße zunächst zu einer „Schupperei". D. wehrte sich und warf einen der Angreifer zu Boden. Dann unterlag er der Uebermacht seiner Gegner, er erhielt fünf Messerstiche im Rücken und einen Schlag mit einem harten Gegenstand in das Auge. Der Mißhandelte wurde von Blut überströmt in sein Logis gebracht, mußte zehn Tage das Bett hüten und vierzehn Tage die Arbeit meiden. Die Wunden sind genäht und geheilt, im Kopfe will D. aber jetzt immer noch Schmerzen verspüren. Der neue Anzug, den er am Tage der Schlägerei trug, ist durch die ihm zuteil gewordene Behandlung völlig unbrauchbar geworden. Die Angeklagten machten bei ihrer Berufung geltend, unschuldig zu sein und meinten, sie wären durch Dittmars herausfordernides Wesen zur Abwehr veranlaßt worden. Daß sie bei der Abwehr wohl etwas zu weit gegangen wären, sei möglich. Zur erneuten Beweisaufnahme waren viele Zeugen aufgeboten worden, durch deren Auslagen aber an den früheren Feststellungen nach der Annahme des Berufungsgerichts nichts zu ändern war. Die Berufungen wurden deshalb verworfen; die dem Verletzten zuerkannte Buße wurde aber auf 100 Mk. herabgesetzt.

Eilenburg. Stadtverordnetenwahl. In der letzten Wahlvereinsversammlung wurden die Genossen Burkhardt und Vogel als Kandidaten für die 3. Abteilung aufgestellt. Durch Beschluß der letzten Stadtverordnetensitzung wird im Frühjahr eine weitere Wahl stattzufinden haben, da statt bisher 24 künftig 30 Stadtverordnete bis zum 1. April 1914 zu wählen sind. Die Eilenburger Einwohnerschaft wird sich am Montag, den 3. November, in einer öffentlichen Wählerversammlung mit der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl beschäftigen. Genosse Reichstagsabgeordneter Raute hat das Referat übernommen.

Hettstedt. Eisenbahnunfall. Am Montag abend 11 Uhr fuhr auf dem hiesigen Bahnhof ein Güterzug, vermutlich infolge Ueberfahrens des Haltesignals, auf einen anderen bereits eingefahrenen Güterzug. Vom ersteren Zuge entgleisten der Gepäckwagen und vier Viehwagen; eine Lokomotive und ein beladener Salzwagen wurden beschädigt. Das Hauptgleis Mansfeld-Hettstedt mußte daher einige Stunden gesperrt werden.

Wittenberg. Zum Streik der Schneider! Nachdem die Unternehmer sich bisher zu keiner Verhandlung bequemen wollten, hatten sie am Freitag die Vertreter der Streikenden zu einer solchen eingeladen. Wenn man aber der Ansicht war, daß hier über einen neuen Tarif verhandelt werden würde, so wurde man bald eines anderen belehrt. Die Unternehmer machten lediglich den grandiosen Vorschlag, die Gehilfen sollten die Arbeit nach dem bisherigen Tarif sofort wieder aufnehmen und nach Neujahr würden dann die Unternehmer sich bereit erklären, über einen neuen Tarif zu verhandeln und Zugeständnisse zu machen. Eine bindende Erklärung über die Höhe der Zulagen wurde nicht gegeben. Auf den von Gehilfenseite erhobenen Einwand, daß man jetzt so gut wie im Januar den neuen Tarif machen könne und dadurch verhindert würde, daß im Frühjahr der Kampf sich wiederholen könne, erklärten die Unternehmer, in eine Beratung des Tarifes nicht eintreten zu können. Von der Stellung der Unternehmer und deren Bereitwilligkeit zu weiteren Entgegenkommen wird es abhängen, wenn der Friede wieder einkehrt.

Daß die Unternehmer, besonders die größeren, äußerst hartnäckig sind, ist eine Erscheinung, wie sie der gewerkschaftliche Kampf mit sich bringt. Daß aber Meister wie Herr Seifert in der Sternstraße, die den organisierten Arbeiter als Kunden gewiß gerne sehen, sich gegen jedes Entgegenkommen und jede Verständigung wenden, ist doch bezeichnend. Zur selben Kategorie gehört auch der Schneidermeister Gagern, wenn dieser auch die Scharfmacherei nicht so offensichtlich betreibt, so ist dessen Haltung in ihren Konsequenzen dieselbe. Auch die Firma Holzhausen hat scheinbar vergessen, daß unter ihren Kunden sich mancher Arbeiter befindet, der Konfektion oder Stoff kauft. Zur Kennzeichnung der Sachlage erscheint es wichtig, einiger Kleinmeister Erwähnung zu tun, die sich für würdig halten, dem Unternehmertum Helfersdienste zu leisten, indem sie Streikarbeit machen. Leute, die wegen ihrer „bedeutenden" Leistung sonst kaum für die minderwertigsten Arbeiten Verwendung finden würden, sind jetzt die nützlichsten Elemente, die den Herren hilfreich unter die Arme greifen. Wird die Bewegung vorüber sein, dann wird es auch hier heißen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan." Die Benachteiligten sind die Kunden, weil sie sich vielfach mit minderwertiger Arbeit bescheiden müssen, bis die alten eingerichteten Arbeitskräfte wieder zurückgekehrt sind. Die Streikenden haben bisher tapfer ihren Mann gestellt; sie haben verhindert, daß nach auswärts gesandte Streikarbeit angefertigt wurde und haben auch einige geloderte Arbeitswillige bewegen können, wieder abzureisen. Sie werden auch weiterhin ausharren, bis die Unternehmer befriedigende Angebote machen.

Da am Orte keine bewilligten Geschäfte vorhanden sind, haben sich die Streikenden bereit erklärt, selbst Arbeiten für die Kundschaft zu übernehmen und ersuchen wir die Gewerkschafts- und Parteigenossen, sofern sie die streikenden Schneider durch Zuweisung von Aufträgen unterstützen wollen, sich an den Kollegen G. Merschel, Lutherstraße 45 H., oder Freudenbergs Restaurant zu wenden.

Die auswärtigen Kollegen ersuchen wir dringend, den Zuzug fernzuhalten sowie die Anfertigung von Streikarbeit unbedingt abzulehnen. Die Gauleitung des Schneiderverbandes.

Bockwitz. Strafrecht und Gefängniswesen. Ueber dieses Thema sprach in einer Gewerkschaftsversammlung der Angestellte des Metallarbeiterverbandes, Genosse Pawlowitsch-Berlin. Unter Heranziehung gravierender Beispiele wies der Redner nach, wie ungerecht oftmals die Gerichte verurteilen, namentlich gegen die organisierte Arbeiterschaft. Auslagen von Beamten werden dabei mehr bewertet als die von anderen gewöhnlichen Sterblichen. Gerade in letzter Zeit seien Urteile gefällt worden, die uns zeigen, daß den Richtern manchmal jedes menschliche Empfinden fehlt, hingegen die besitzende Klasse von der Justiz äußerst milde behandelt wird. Der Fall Prinz Arenberg, Fürstin Wede, Eulenburg, die Bonner Burschen und viele andere Fälle beweisen dies täglich. Auch ein Fall aus der letzten Schöffengerichtssitzung in Elsterwerda, wo einem 12jährigen Jungen mehr geglaubt wurde als einem beteiligten Arbeiter, wurde hervorgehoben. Ein weiterer Vortrag über die Zustände in Gefängnissen und Strafanstalten soll in zirka vier Wochen folgen.

Theater und Musik.

Richard Wagner-Konzert der Herzogl. Hofkapelle aus Dessau. Der Richard Wagner-Verband deutscher Frauen und der Richard Wagner-Verein veranstalteten gestern — etwas spät — eine Feier im Gedenken des 100. Geburtstages ihres Meisters. Wir Deutsche haben allen Grund, diesen Tag festlich zu begehen, da uns ein musikalisches Genie geboren wurde, das die ganze künstlerische Entwicklung in der Musik im 19. Jahrhundert grundlegend bestimmte. Wagner hat es uns leicht gemacht, seine künstlerischen Ziele zu verstehen, er hat sich oft darüber ausgesprochen und seine Musik selbst ist im besten Sinne populär, sie setzt nichts voraus, als musikalische Empfänglichkeit und die restlose Hingabe an den dämonischen Herrscherwillen seiner Persönlichkeit. Wir haben früh erkannt, daß wir Wagner gegenüber große Verpflichtungen haben. Die Organisationen, die seinen Namen tragen, um seiner Kunst zum Siege zu verhelfen, haben zweifellos sich hohes Verdienst erworben; sie verlieren aber ihre Existenzberechtigung, wenn sie heute, da Wagners Kunst in aller Welt erklingt, sich auf ein verzücktes Anstaunen des Baireuther Meisters beschränken. Man sollte Wagnerfeiern eigentlich nur auf der Bühne, der seine ganze Kunst gehört, veranstalten. Im Konzert hätte man durch die wenig gekannte, aber interessante Jugendsinfonie zeigen können, daß auch er den Gesetzen der historischen Entwicklung unterworfen war, und dazu ein Werk aus der so zahlreichen Nachahmerreihe auswählen sollen, das wieder den zwingenden Einfluß Wagners deutlich bewiesen hätte. Muß man sich denn immer nur auf der gedankenträgen, goldenen Mittelstraße tummeln?! Abgesehen davon war das gestrige Programm geradezu barbarisch. Die Faust-Ouvertüre, die Ouvertüren zu Rienzi, Der fliegende Holländer, Tannhäuser; nach zehn Minuten Pause: Siegfried-Idyll, Vorspiel zu Parsifal, fünf Gedichte mit Orchesterbegleitung, Vorspiel zu Die Meistersinger von Nürnberg. Es fehlte nur noch das Tristanvorspiel und der Liebestod, um mit Isolde tot am Platze zu bleiben und den Meister gebührend gewürdigt zu haben! Es gehört in der Tat eine beneidenswerte (?) körperliche und geistige Robustheit dazu, in einem viel zu kleinen Saale von stark besetztem Orchester Werke von der Klangfülle der Rienzi- oder Tannhäuser-Ouvertüre, des Meistersingervorspiels in sich aufzunehmen, zumal wenn man die kolossalen physischen Spannungen der Wagnerschen Musik miterlebt, und die fünf großen Ouvertüren als komprimierter, geistiger und seelischer Gehalt der Werke, zu denen sie gehören, im vollen Umfang genießen möchte. Das gestrige Konzert stand unter der Leitung von Generalmusikdirektor Franz Mikorey, aus dessen Feuerkopf schon die Wagner verwandte Herrschermiene des Willensmenschen spricht. Er zeigte in der Wiedergabe des Programms überall den selbständigen Künstler, durch neue Nüancen z. B. die doch zu häufigen forte und piano-Wechsel in der Holländer-Ouvertüre und manche ungewohnte Tempi (Tannhäuser-Ouvertüre). Das Parsifal-Vorspiel verklang in abgeklärter Klangschönheit, die Tannhäuser-Ouvertüre war von eindringlicher Plastik und steigerte sich am Schluß zu unerhörter Klangpracht. Dies dank der trefflichen Hofkapelle aus Dessau, die in den Streichern wie in den Bläsern klanglich ausgeglichen und edel musizierte und mit imponierender Disziplin ihrem Feldherrn folgte. N.

Allerlei.

Furchtbarer Wirbelsturm in England.

Das Tafstal in Südwales ist Montag nacht der Schauplatz eines furchtbaren Wirbelsturmes gewesen, über dessen Verheerungen erst jetzt Einzelheiten bekannt werden. Der Wirbelsturm, der eine Breite von 250 m hatte, richtete einen Sachschaden an, der auf eine Million geschätzt wird. Kirchen und Kapellen sowie viele Häuser sind vollständig zerstört worden. Ein Mitglied eines lokalen Fußballvereins wurde vom Sturm 20 m durch die Luft getragen und gegen eine Mauer geschleudert; es ist seinen Verletzungen erlegen. Ein Bergarbeiter wurde vom Sturm von der Straße über 300 m weit in ein Feld entführt, wo er tot aufgefunden wurde. Zu dem Sturm gesellten sich später Ueberschwemmungen. Hunderte von Personen sind obdachlos geworden, viele haben Verletzungen erlitten.

Eine neue Erfindung zum Schutze der Bergarbeiter.

Bei der Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für experimentale Therapie (versuchsweise Heilkunst) in Dahlem hielt Prof. Dr. Haber einen Vortrag über eine von ihm erfundene chemische Pfeife zur Feststellung giftiger Grubengase. Es soll Dr. Haber gelungen sein, sein Meßinstrument so zu vervollkommnen, daß es ein brauchbares Mittel zur Verhütung von Grubenkatastrophen zu werden verspricht. — Hoffen wir, daß sich die an diese Erfindung geknüpften Erwartungen in jeder Hinsicht erfüllen.

Niederknüppelung streikender Arbeiter.

In Trinidad, einem Bergwerksorte im amerikanischen Staate Colorado, ist es auf einer Kohlengrube zwischen streikenden Bergleuten und den bewaffneten Soldknechten der Grubenherren zu einem mehrstündigen Kampfe gekommen. Ein Unternehmersöldling und mehrere Bergleute wurden getötet. Die Ausständigen sind zumeist Griechen, die kürzlich aus dem Balkankriege nach Trinidad zurückgekehrt waren.

Ein Fischdampfer in den Grund gebohrt.

Am nördlichen Teile Lepsös stieß am Dienstag abend, wie aus Aalesund berichtet wird, der Dampfer Oslo der Wilsonlinie mit dem Fischdampfer Brat aus Reval zusammen. Der Fischdampfer sank augenblicklich. Acht Mann seiner Besatzung ertranken, während vier Mann gerettet und von der Oslo nach Drontheim gebracht wurden. Die Oslo ist wenig beschädigt.

Kleines Allerlei. Der ausgebrannte Dampfer Volturno ist mit sämtlichen verkohlten Leichen an Bord von dem holländischen Petroleumdampfer Charlois auf dem atlantischen Schiffahrtswege zum Sinken gebracht worden. Sämtliche Schotten wurden geöffnet und das Schiff versank in kurzer Zeit. — Die Pest in Rußland. In der Dorfschaft Gromoslawka in dem zweiten Donbezirk an der Grenze des Gouvernements Astrachan sind sieben Personen gleichzeitig an Pest erkrankt, fünf Personen sind gestorben.

2138

Billige Preise. Grosse Auswahl.

Geschäfts-Eröffnung.

Den geehrten Damen von Halle und Umgegend bringe ich hierdurch zur gef. Kenntnisnahme, dass ich am

Donnerstag den 30. Oktober cr., nachm. 5 Uhr

ein **Blusen-Spezial-Geschäft** eröffne.

Clara Kayser, 4450

26 Kleine Ulrichstrasse 26,

vis-à-vis Wiebachs Schuhwarenhaus.

Grosse Auswahl. Billige Preise.

Möbel-Fabrik der **Vereinigt. Tischlermeister,** Kl. Steinstraße 6, empfiehlt ihre Fabrikate zu **festen und soliden Preisen.** 68

Montag nacht entschlief nach langem schweren Leiden unsere liebe Mutter, Frau

Emilie Wiermann geb. Schulze

im 48. Lebensjahre.

Dieses zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen:

Wilhelm, Otto u. Fritz Wiermann.

Diemitz, 28. Oktober 1913. *2139

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131030-16/fragment/page=0007

Walhalla-Theater

Anfang 8 Uhr.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag:
Letzte Aufführungen!

„Die Kino-Königin"

Grösster Operetten-Schlager! Musik von **Jean Gilbert.**
Tageskasse von 10—1½ und 4—6 Uhr. 4452

Burg-Kino.

Blinder Hass. 2 Akte. 4447
Ein ergreifendes Forscherdrama.
Die erste Liebe. 2 Akte.
Drama aus Welt-Amerika.
Einlage: Der Schutzengel. Drama.

PASSAGE-THEATER

Halle (Saale) **Lichtspielhaus** Leipzigerstr. 88

Auf Grund des **beispiellosen Erfolges,** den das gewaltige und prächtige Filmgemälde:

Cleopatra

„die Herrin des Nils"

erzielte, sehen wir uns veranlasst, diesen Film dem Programm vorläufig beizubehalten!

Ebenfalls bleibt der Film von der Einweihung des

Völkerschlacht-Denkmals

vorläufig im Programm! **Die Direktion.**
4459

Schluss des Oktober-Festes!

Was ?um Reste für Heute! Reservieren Sie im

Altenburger Hof

ab Dienstag, 1. November Telephon 15 Stadt.

Wild-West

Konsum- u. Bauverein f. Mühlberg u. Umg.

eingetr. Gen. m. beschr. Haftpflicht. *2141

Abschluß-Bilanz am 30. Juni 1913.

Aktiva.	Mk.	Passiva.	Mk.
An Kassa-Konto	193.86	Per Mitglieder-Geschäftsguthaben-Konto	753.50
„ Grundstücks-Konto	31 381.71	„ Hypotheken-Konto	10000.00
„ Grundstücks-Verwaltungs-Konto	55.16	„ Darlehns-Konto	20736.14
		„ Reservefonds-Konto	141.09
	31 630.73		31 630.73

Mitglieder-Bewegung 1912/13.

Bestand am 1. Juli 1912 . . . . . 26 Mitglieder,
Im Laufe des Jahres beigetreten . . 2 „
Summa 28 Mitglieder.
Ausgeschieden im Laufe des Jahres . . 2 „
Bestand am 30. Juni 1913 . . . . . 26 Mitglieder.
Die Haftsumme betrug am 1. Juli 1912 . . . . . 780.00 Mk.
vermehrte sich im Laufe des Jahres um . . . . 60.00 „
Summa 840.00 Mk.
Die Haftsumme verringerte sich im Laufe des Jahres um 60.00 „
Die Haftsumme betrug am 30. Juni 1913 . . . . . 780.00 Mk.

Der Vorstand: Paul Schwengenbecher. Albert Reaner.

Vorstehende Bilanz sowie die Aufstellung der Haftsummen haben wir geprüft und mit den Büchern übereinstimmend gefunden.

Der Aufsichtsrat: Karl Schröder Aug. Kötzschau. Willy Gundermann. Herm. Hesselbarth. Osw. Sander.

P. Kuhn's Fleischzentrale

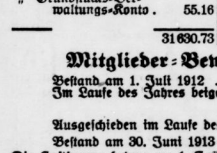
Schülershof 19, am Markt.

Diese Woche Ausnahmepreise so lange der Vorrat reicht.

Schweinefleisch zum Kochen und Braten, Pfund **80** Pf.
Gehacktes, halb und halb . . . . . „ **70** Pf.
Hammelfleisch . . . . . Pfund **80—90** Pf.
Rot-, Leber- und **Schwartenwurst** . Pfund **70** Pf.
Alles andere wie bekannt. *2143

Makulatur

zu haben in der **Genossenschafts-Buchdruckerei.**



Doppel-Clysos

(Spülspritzen)
komplett M. **2, 3, 4, 5** u. **6.50**

Ferner empfehle:
Spül-Apparate bewährter Systeme, **Spülpulver,**
Irrigatoren (Spülkannen), **Gummiwaren** aller Art,
Damenbinden, Leibbinden, Wöchnerinnen-Bedarfsartikel usw. usw.

C. Klappenbach,

Gummiwaren-Spezialgeschäft und Versandhaus,
Grosse Ulrichstrasse 41, Ecke Kaulenberg,
1822 zweiter Eingang vom Kaulenberg.

Mansfelder Kreis.

Sonntag den 2. November:

Zwei öffentliche Versammlungen.

Nachmittags 3 Uhr
in Ermsleben im Vereinshaus,
abends 7½ Uhr
in Schraplau im Bürgergarten.

Referenten: Arbeiter-Sekretär H. Mücke, Halle, Redakteur O. Kilian, Halle.

Arbeiter, Handwerker, Bürger! erscheint zahlreich, da auch zu den Stadtverordneten-Wahlen Stellung genommen wird.
*2140 **Der Einberufer.**

!! Auf Kredit !!

streng × — zu den günstigsten — diskret ×

Zahlungsbedingungen.

Möbel für 95 M. Ans 5 M.
„ „ 145 „ 10 „
„ „ 180 „ 12 „
„ „ 270 „ 22 „
„ „ 380 „ 32 „

Einzelne Möbel von 2 Mk. Anzahlg. an.

Spezialität: Braut-Ausstattungen, Ganze Wohnungs-Einrichtungen. An- u. Abzahlung nach Uebereinkunft.

Kompl. Küchen Ans. 5, 8, 10, 12 u. 18 Mk an.

Sonntags von ½12—½2 Uhr geöffnet.

Teppiche — Gardinen

Sämtl. zum Verkauf kommenden Sachen stammen aus den ersten Fabriken Deutschlands

Herren- Damen- u. Kinder-Garderobe.

Anzüge, Ulster, Paletots
Serie I Anzahl. 2 M.
„ II „ 3—5 „
„ III „ 6—8 „
„ IV „ 9—13 „
„ V „ 13—15 „

Damen-Ulster Mäntel Paletots in grosser selten schöner mod. Auswahl vorhand. Anzahlung nach Uebereinkunft.

Manufaktur- u. Schuhwaren.

Alles in dem bekannt vornehmen, reellen, kulanten, bestrenomierten **Möbel-Ausstattungs-Geschäft**
4456

Kredit nach Uebereinkunft. — Waren ohne Firma.

N. Fuchs

Halle a. d. S., nur Gr. Ulrichstr. 58 I., II. u. III. Etage.

Michel

Michel—Brikets

anerkannt beste Marke.

Jahresproduktion 100 000 Waggons

Zu haben beim *1934

Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontor
Merseburgerstrasse, Ecke Schmiedstr. — Tel. 3939 —
u. Allgemeinen Konsumverein und dessen Filialen.

Leibniz-Biskuit
in Tet-Packung und lose
3760 empfiehlt
Karl Booch, Breitestr. 1 und Marktplatz im Turm.
(Für Wiederverkäufer z. Fabrikpreisen frei Haus.)

Gelegenheitskauf:
Pelz-Stolas
alle Arten, billigst.
4358 Kl. Ulrichstraße 15.

Frauenkrankheiten
behandelt gewissenhaft
Frau Luise Albrecht,
Naturheilkundige.
18jähr. Erfahrung. Gute Erfolge.
Sprechstd.: **Leipzigerstr. 20,** vorm. 11—12, nachm. 2—3 Uhr, **Friedenstr. 28, Naturheilbad,** vormitt. 9-10 Uhr. (*1919

Tafel- 10% Koll. fr. Nachn. Mk. 9.50
butter: Blumenhonig „ 6.00
Zur Probe ½ Butter, ½ Honig „ 7.75
*2037] Epstein, Tinste 15, Oesterreich.

Stadttheater Halle (S.)

Fernruf 1181.
Direktion: Geh. Hofrat Richards.
Donnerstag d. 30. Oktober 1913.
55. Vorst. im Abonn. 3. Viert.
Novität! Novität!
Zum 2. Male:

Ernste Schwänke

drei Einakt. v. Herbert Eulenberg.
Prolog.
Die Welt will betrog. werden.
Paul und Paula.
Das Geheimmittel.
(Passanaubum.)

Vorzugskarten der Literarischen Gesellschaft haben Gültigkeit.
Kassenöffnung 7½, Anfang 8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Freitag, den 31. Oktober 1913
56. Vorst. im Abonn. 4. Viert.

Tannhäuser

u. der Sängerkrieg auf Wartburg.
Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Nächste Wiederholung der Operette „Hoheit tanzt Walzer" Montag den 3. November.

Apollo-Theater.

!! Nur noch 3 Tage !!

8.10 Uhr: „Die Krumpfsache".
Schwank i. 1 Akt v. O. Härting.
mit **Vera Forst** und **Robert von Valberg** in den Hauptrollen.

9 Uhr: „Die letzten Tage von Pompeji" 4463

Voranzeige!
Ab 1. November: Gastspiel der weltbekannten
Exl's Tiroler Bühne.

Alle Sorten **Felle** kaufen
Gebr. Danglowitz,
3914 Fischerplan 2.

Gelegenheitskäufe.

Weit über 4458

1000 Winterjoppen

warm gefüttert,
welche ich durch große rechtzeitige Abschlüsse billig erwarb, was meiner werten Kundschaft zu gute kommt, offeriere zu folgenden unübertroffenen

billigen Preisen,

darunter ein großer Posten **Männer-Joppen:**

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Männerjoppe	Männerjoppe	Männerjoppe	Männerjoppe
warm gefüttert, sehr haltbare Qualitäten in vielerlei beliebten Farben	warm gefüttert, in schwerer Lodenqual. i. ca. 20 versch. Mustern u. Farben	warm gefüttert, in den modernsten Modemustern beliebte Fassons	Sportfasson, mit Jagdknöpfen, beliebt bei Gärtnern, Förstern 2c.
Stück nur **4**75	Stück nur **5**50	Stück nur **6**85	Stück nur **7**25

Trotz dieses billigen Angebots noch 5% Rabatt.

Ernst Renner,

14 nur Marktplatz 14.

Aufsichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Hosenträger
4457
System Endwell
von 1.— Mark an.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Kaufe 70
Papier, Bücher, Lumpen, Eisen, Gummi, Metalle und Felle.
Herm. Rein,
Halle-Giebichenstein, Königsberg 5. Tel. 2409.

Groß. Federbett 9 ℳ, Kissen 3 ℳ a. vkf. Albrechtstr. 10 II. 3913

Schirm-Bezüge,
Rep. i. 1 Stunde
F. B. Heinzel, Schirm-Fabrik.
Unt. Leipzigerst. 98. 3262

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 28. Okt.

Aufgeboten: Orgelbauer Raue und Gertrud Meye (Saalberg 10 und Schweitzkiestr. 9). Schlosser Pressch und J. Otto (Halle und Thalbert). Maurer Haack und Alma Deparade (Döblitz u. Benkendorf). Konditor Zöllner u. Helene Heilmann (Jena und Halle).

Eheschließungen: Buchhalter Radicke und Luise Sach (Essen und Landsbergerstr. 12). Fabrikbesitzer Korn und Flora Bröbel (Bernburgerstraße 28 u. Büchersstraße 12).

Geboren: Kunstglaser Rimpler S. (Adolfstr. 5). Schlosser Betier T. (Hochstraße 20). Eisendreher Bornschein S. (Ludwigstraße 23). Maler Hegenscheid T. (Kutschgasse 3). Geometer Heinze Sohn (Flottwellstraße 20).

Gestorben: Witwe Schmieder geb. Grotehem a. Braunschweig, 79 J. (Merseburgerstr. 1). Witwe Miermann geb. Schulze a. Diemitz, 47 J. (Elisabeth-Krankenhaus 11). Arbeiters Borchardt aus Bitterfeld T., 5 T. (Klinik). Schuhmachers Pohl T., 4 Mon. (Wörthstraße 2). Drogist Trinkaus, 30 J. (Friedrichstraße 53).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3). 28. Oktober.

Aufgeboten: Weichensteller Leopold und Rosina Löbe geb. Guderlei (Angerweg 3 und Kleine Ulrichstraße 27).

Geboren: Hilfsranglerführer Borchert T. (Advokatenweg 19). Kraftwagenführer Pützmann S. (Herderstraße 8). Arbeiter Otto S. (Harz 51).

Gestorben: Schachtmaurers Reinhard Ehefrau Emilie geb. John aus Schraplau, 39 Jahre. Schlossermeisters Arndtz Ehefrau Ida geb. Rühlemann a. Mücheln, 25 J.

Goethes Werke

herausgegeben von
Dr. DIEDERICH.
Drei elegante Leinenbände
Preis 4 Mark.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung
Halle (S.), Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131030-16/fragment/page=0008

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Halle, 30. Oktober

Nummer 255 — 1913.

Niemand ist mehr Sklave, als der sich für frei hält, ohne es zu sein. Goethe.

Die Ernährung der Pflanze.

Von Hermann Krafft.

I.

Wie das Tier seine Nahrung zu sich nimmt, das ist alltäglich zu beobachten, aber wie die Pflanze sich ernährt, wer hätte das schon einmal geschaut. Aber trotzdem sind wir um die Antwort auf eine solche Frage nicht verlegen: Die Pflanze ernährt sich durch ihre Wurzeln. Allein, diese Antwort trifft nur zum Teil das Richtige, was wir sofort erkennen, wenn wir der Sache nur etwas nachforschen. Da kennen wir eine ganze Reihe von Pflanzen, die gar keine Wurzeln besitzen, wie die frei im Wasser umherschwimmenden Wasserpflanzen. Und dann haben wir gelegentlich unserer Spaziergänge gesehen, wie auf dem härtesten Felsengestein allerlei Pflanzen wachsen, die doch unmöglich imstande sein können, Wurzeln in dieses Gestein hineinzusenden, ist doch der Felsen so hart, daß wir einen scharfen Meißel und eine gehörige Portion Kraft anwenden müssen, wollen wir ein Loch in den Felsen schlagen, und wie sollte überhaupt die zarte Pflanze von dem Felsen leben können. Haben wir weiter nicht schon einmal gehört, daß Pflanzen ein Schmarotzerleben führen, die anderen Lebewesen das „Mark aus den Knochen“ saugen? Und da erinnern wir uns, daß gelegentlich die Rede war, von Pflanzen, die Insekten fressen. — Kurz: Je weiter wir der Frage nachgehen, um so verwickelter wird die Sache; es hat also doch seinen Haken mit der Antwort: Die Pflanze ernährt sich mittels ihrer Wurzeln.

Nun einmal unsere Wißbegierde wachgerufen ist, wollen wir der Sache aber vollends auf den Grund kommen. Da gibt es zunächst eine andere Frage zu lösen: Woraus besteht denn eigentlich die Nahrung der Pflanze? Die Nahrungsmittel des Tieres stammen aus dem Pflanzen- oder Tierreich. Die Pflanze aber muß sich, zum großen Teil wenigstens, von Erde ernähren. Das nehmen wir ja auch ohne weiteres als feststehend an für jene Pflanzen, die ihre Wurzeln in den Erdboden entsenden. Sagen wir doch von solchen Pflanzen: sie holen ihre Nahrung aus der Erde. Bleiben wir zunächst bei diesem Beispiel. Was kann nun wohl die Pflanze aus der Erde herausholen, was des Fressens wert erscheint? Das ist eine schwierige Frage, die sich durch einfache Beobachtung nicht erklären läßt. Der Chemiker sagt uns, daß sich das, war wir Erde nennen, zum größten Teil aus den verschiedenartigsten Stoffen zusammensetzt, die als „unorganische“ bezeichnet werden. Im Gegenteil zu dieser Gruppe steht eine andere, nicht minder große Gruppe, die die „organischen Stoffe“ umfaßt. Den grundlegenden Unterschied zwischen beiden Gruppen machen wir uns am einfachsten klar, wenn wir uns vor Augen halten, daß die organischen Stoffe aus dem Tier- und Pflanzenreich stammen, während die unorganischen Stoffe vom Mineralreich geliefert werden. Wir merken uns: Das Tier nimmt organische Stoffe zu sich und liefert gleiche Stoffe; die Pflanze aber muß sich von unorganischen Stoffen ernähren, liefert aber gleich dem Tier organische Stoffe. Da muß also wohl die Pflanze die unorganischen Stoffe in organische umwandeln? So ist es in der Tat. Die Pflanze nährt mithin nicht nur sich selbst von unorganischen Stoffen, sondern sie baut aus diesen auch noch organische Stoffe auf, von denen dann die Tiere leben.

Die unorganischen Stoffe nun, die die Pflanze zu ihrer Ernährung bedarf, sind verschiedener Art; eine große Rolle spielen da bestimmte Verbindungen von Schwefel, Phosphor, Kalium, Kalzium, Magnesium und anderen Elementen mit Sauerstoff. Der Botaniker bezeichnet all diese Verbindungen kurz als Nährsalze. Daneben bedarf aber die Pflanze auch noch mancherlei gasförmiger Stoffe, wie ja auch das Tier beispielsweise nicht ohne Sauerstoff leben kann. Diese gasförmigen Stoffe, davon Kohlensäure, Stickstoff und Ammoniak besonders genannt werden mögen, nennt der Botaniker die Nährgase.

Für unsere fernere Betrachtung wollen wir uns mithin vor Augen halten, daß die Nahrung der Pflanze aus festen Stoffen, den Nährsalzen, und aus gasförmigen Stoffen, den Nährgasen besteht. Dazu tritt noch als flüssiger Stoff das Wasser, denn nur dann vermag die Pflanze die festen Stoffe in sich aufzunehmen, wenn diese in Wasser gelöst sind.

Nun sind wir auch in der Lage, Betrachtungen darüber anzustellen, wie die Pflanze denn eigentlich ihre Nahrung zu sich nimmt. Unsere eingangs eingeflochtene Beobachtung, daß nicht alle Pflanzen in der Erde wurzeln, zwingt uns, die Pflanzen hinsichtlich der Nahrungsaufnahme in einige Gruppen zu gliedern. Wir haben da zu unterscheiden zwischen Wasserpflanzen, Steinpflanzen, Erdpflanzen und Ueberpflanzen. Vorweg möge noch bemerkt werden, daß scharfe Grenzen zwischen diesen Abteilungen nicht gezogen werden können. Alle werden durch zahllose Zwischenstufen verkettet und dann gibt es Pflanzen, die bald zur einen, bald zur anderen Gruppe gerechnet werden können.

Wenden wir uns zunächst den Wasserpflanzen zu. Als solche müssen wir hier jene Pflanzen zusammenfassen, die im Wasser untergetaucht gedeihen, ohne echte Wurzeln in den Erdboden zu entsenden; manche dieser Wasserpflanzen senden zwar Wurzeln in die Erde hinein, doch dienen diese dann nur zum Festhalten der Pflanze, das sind Haftwurzeln, die mit der Nahrungsaufnahme aber nicht zu tun haben. All diese Pflanzen entnehmen ihre Nährstoffe aus dem umgebenden Wasser. Die ganze Oberfläche des Pflanzenleibes ist imstande, die im Wasser gelösten Nährsalze aufzunehmen, und auch die Nährgase kommen auf gleiche Weise aus dem Wasser direkt in das Innere der Pflanze.

Nun gibt es aber auch Pflanzen, die nur teilweise im Wasser leben, teilweise sich über den Wasserspiegel erheben. Solche Pflanzen entnehmen ihre Nährsalze aus dem Wasser vermittels ihrer untergetaucht wachsenden Teile, während die über das Wasser hinausragenden Blätter die Nährgase aus der Luft holen. Haben dergleichen Pflanzen echte Erdwurzeln, wie zum Beispiel die bekannte Seerose, so erfolgt die Aufnahme der Nährsalze durch die Wurzeln aus dem Erdboden. Die Nährsalze gelangen aus der Luft in die grünen dem Wasser aufliegenden Blätter.

Die Gruppe der Steinpflanzen umfaßt jene Gewächse, die an kahlen Felsen ihr Dasein fristen. Es sind vorwiegend Moose und Flechten, die wir bei jedem Spaziergang ins Freie an alten Mauern, auf Steinen und Felsen bemerken können. Man könnte nun glauben, daß diese Pflanzen ihre Nährstoffe dem zwar harten, aber doch nicht durchaus unzugänglichen Steine abzuringen vermögen. So einfach ist die Sache aber nicht. Der Felsen liefert nur einen winzigen Teil der Nahrung, das meiste holt die Pflanze sich aus der Luft, die Nährgase direkt, die Nährsalze aus dem Bestandteile der Luft, den wir Staub nennen. Dieser Staub, der durch die atmosphärischen Niederschläge (Regen und Schnee) auf den Pflanzenkörper gelangt, wird hier von der Pflanze soweit absorbiert (aufgenommen), als er zur Ernährung der Pflanzen dienlich ist. Was von den feineren und gröberen Staubkörnchen im Augenblick von der Pflanze unbenutzt bleibt, das wird zum Teil von der Pflanze für späteren Bedarf bestgehalten. Der meist wellige und vielfach verästelte Körper dieser Steinpflanzen ist zum Staubfangen ganz vorzüglich geeignet. So bildet sich im Verlaufe von Jahrzehnten oder Jahrhunderten am Standorte der Steinpflanze eine immer stärker werdende Staubschicht, die sich endlich als geeigneter Nährboden für größere Moose, Farne und andere Gewächse erweist. Den unscheinbaren Steinpflanzen ist es zuzuschreiben, daß heute mancher Felsen mit hohen Bäumen bestanden ist. Man nennt darum die Steinpflanzen mit gutem Recht Pioniere der Pflanzenwelt. Selbst auf den unwirtlichen Schnee- und Eisfeldern der Hochgebirge existieren Pflanzen, die sich nach Art der Steinpflanzen aus dem Staube der Luft ernähren. Was wir als den „roten Schnee“ dem Namen nach wohl kennen, ist nichts anderes, als eine Ansammlung ungeheurer Mengen solcher Lebewesen, der mikroskopisch kleinen roten Schneealgen. Der Oberkörper all dieser Pflanzen muß also ähnlich eingerichtet sein zur Aufnahme der Nahrung wie bei den Wasserpflanzen. Nur muß dem Pflanzenkörper eine große Widerstandsfähigkeit gegen Trockenheit mit auf dem Lebensweg gegeben sein, denn oft mangelt es wochen-, ja monatelang an dem belebenden Naß. Ohne Feuchtigkeit kann diesen Pflanzen die größte Menge Staubes nichts nutzen. (Schluß folgt.)

25] [Nachd. verb.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

Asmussen erhob sich und bot ihr den Platz im Sofa an.

Sie dankte und lehnte ab.

„Ich wollte nur eine Frage an dich richten.“

Asmussen setzte sich wieder. „Ich bin zu jeder Antwort bereit.“

„Sind dir meine Besuche noch angenehm?“

„Du bist die Freundin meiner Frau gewesen. Ich müßte mich ja schämen, wenn es anders wäre.“

„Dann bist du es also nicht, der mich fort haben will?“

„Wer sollte dich fort haben wollen, und wozu?“

„Vielleicht um selber sicher zu sein. Ich weiß es nicht.“

Asmssen sah sie ernst an und schüttelte langsam und bedauernd den Kopf.

„Du hast wohl schlechte Gedanken, Stine. Ich weiß von allem Bescheid. Ich habe versprechen müssen, nie eine Silbe davon zu sagen. Du hättest nie davon erfahren, wenn du nicht selber damit gekommen wärest. Und sicher, sagst du? Sie wollte am selben Tage aus dem Hause gehen. Ich habe sie bewogen, wenigstens ein Jahr zu bleiben. Dann geht sie am Ende doch.“

„Warum schlug sie mir das Fenster vor der Nase zu?“

„Sie hat es dem großen Klaus vor der Nase zugeschlagen.“

„Ach!“ Ueber Stines Züge ging ein bitteres Lächeln.

„Im Zimmer war der große Klaus ja nicht. Warum kam sie mir unhöflich entgegen?“

„Warst du sehr freundlich, als das Fenster zuflog?“

„Das bin ich wohl kaum gewesen.“

„Na also! Es war ein Mißverständnis. Du hättest nie mit ihrer Herkunft kommen dürfen. Sie leidet ohnehin genug.“

„Findest du?“ Das bittere Lächeln kam wieder.

„Ist dir das unbegreiflich?“

„Ich finde nicht, daß ihr Weg so dornig ist.“

„Du siehst nur, was vor Augen ist.“

„Siehst du mehr, Lorenz Asmussen?“

Er stand auf und sah ihr gerade in die Augen.

„Ich sehe mehr und weiß mehr. Was sagst du nun?“

„Ich will zu Gott bitten, Lorenz, daß du im Rechte bleibst.“

„Du wirst es noch erleben.“

„Das werden wir ja alle, wenn wir nicht sterben.“

„Setz dich nun her zu mir!“

„Ach nein! Es waren nur wenige Worte —“

Asmussen sah sie an.

„Ich zwinge niemand. Mein Haus aber soll dir offen stehen wie je zuvor. Willst du mitunter daran denken?“

„Ich denke daran, wenn meine Stunde gekommen ist.“

„So komme sie bald!“

„Bewahre uns Gott davor! Es wird keine leichte Stunde sein, mein lieber Freund.“

Sie sah ihn an, und ihre Lippen zuckten. Dann verschwand sie in ihrer stillen Weise und zog leise die Tür hinter sich zu.

Dagmar stürmte wie ein Wirbelwind ins Zimmer.

„Niemand da?“ Sie brach in lauten Jubel aus. Sie waren nach dem einsamen Felde hinübergelaufen, und es war reichlich spät geworden. Ein befreiter Strom von fröhlichen Worten sprudelte nun unvermittelt und ungeordnet heraus. Was sie alles erlebt hatte! Wie schön war es gewesen! Vom Zahnarzt erzählte sie. Vom Referendar. Vom Provisor. Von den jungen Damen. Vom ganzen Publikum. Von der Güte des Eises. Von dem herrlichen Wetter. Die Winterfrische war ins Zimmer gekommen.

Asmussen ließ sie gewähren. Er half ihr gelegentlich beim Abnehmen der Sachen, ihren Eifer aber unterbrach er nicht. Wie sonderbar war Stine Andresen gewesen! Wie dumpf und eng und beklemmend war auf einmal das Zimmer geworden! Die Luft aus einem Krankenzimmer war hereingeweht. War es nicht wie damals gewesen, als seine Frau in langen Jahren die Schwindsucht hatte? Es war genau so gewesen; Asmussen sah es auf einmal deutlich vor sich. Es war die Luft der Krankenstube gewesen, die Luft der Freudlosigkeit, die er so gut kannte. Konnte Stine den Anblick der frischen Jugend nicht vertragen? Gönnte sie ihm die Heiterkeit des Hauses nicht? Und tat er nicht doch ein gutes Werk an dem tapferen Mädchen?

Dagmars Geplauder hüpfte wie ein munterer Bach im Gebirge; aber nun verstummte sie jäh.

„Ist Ihnen etwas?“ Sie sah fast ängstlich aus.

Asmussen lächelte ruhig.

„Stine Andresen war hier.“

„Ach Gott!“ Dagmar war ganz betrübt.

„Es sind Verstimmungen, die ihre Zeit haben wollen. Sie brauchen den Mut nicht zu verlieren.“

„Sie kommt doch wieder?“

„Es schien nicht so. Stine ist zuviel allein gewesen. Sie ist sonderbar und menschenfremd geworden. Es ist am besten, wenn wir sie ruhig gehen lassen.“

„Ich möchte ihr einen Brief schreiben. Ich habe die Kränkung längst vergessen.“ Dagmar sah vor sich nieder.

„Nein. Sie hat Ihnen das häßlichste Unrecht angetan.“

„Ich kann mich unterwerfen. Ich habe es so oft tun müssen.“

„Um so weniger sollen Sie es in meinem Hause.“

„Ich möchte gern, daß sie wiederkommt.“

„Das möchte ich auch; aber die Zeit muß sie überzeugen. Dann kommt sie schon von selber. Gehen Sie an Ihre Arbeit, und machen Sie sich weiter keine Sorgen.“

Asmussen schnitt das Gespräch durch eine Geste ab. über Dagmar aber lag doch ein leichter Schatten. Auch die Freundlichkeit mit den Gästen vermochte das nicht zu verdecken. Die Stunden rannen etwas träger als sonst, aber schließlich nahm der Tag doch ein Ende, und die Nacht zog herauf.

Asmussen traf die letzten Vorbereitungen, bevor er schließen konnte. Er hantierte an den verschiedenen Tischen herum.

Dagmar stand an der Tür, um hinaufzugehen; sie hatte ihm schon „Gute Nacht“ geboten.

Sie blieb aber unentschlossen stehen, die Klinke der Tür in der Hand.

„Ich möchte den Brief doch lieber schreiben,“ kam es schließlich kleinlaut.

Asmussen wandte sich schnell um und sah sie an. Sie sah leidend und verlassen aus, wie sie da an der Tür stand, als gehöre sie nur halb ins Haus; es war, als gehöre sie überall nur halb hinein.

Asmussens kräftige Gestalt war hoch emporgerichtet.

„Sie sind unter meinem Dach. So legen Sie endlich die Sorgen ab. Ich gebe Ihnen mein Manneswort, daß jedes Haar auf Ihrem Haupt mir heilig ist.“

Er wandte sich von ihr. Der Gedanke, daß man sie verfolgen könne, hatte ihn in eine Erregung gebracht, die er nicht zeigen wollte.

Dagmar aber hatte sie mit einem verstohlenen spähenden Blick bemerkt.

Ein wilder Brand schlug jäh in ihrem Wesen auf. War nicht Axel Halvorsen bei ihr? War er nicht so nahe, daß sie seinen Körper fühlte? Eine heiße Glutwelle stieg ihr ins Gesicht; sie fühlte, daß sie keine Sekunde bleiben durfte. Mit einem leisen „ich danke“ lief sie jäh hinaus. Auf dem Flur nahm sie die Küchenlampe und stürmte die Treppe hinauf. Oben warf sie sich rücklings aufs Bett und faltete die Hände unter dem Kopf. Ihre Sinne brannten für Axel Halvorsen. Die feuchten Augen glänzten zur Zimmerdecke empor. Der Atem ging schwer und heiß. Würde sie Axel nun bald besitzen?

Im Nachbarhaus saß Stine Andresen in ihrem Korblehnstuhl und blickte gedankenvoll in die Luft des Zimmers. Es ging zu Ende mit ihr und Lorenz Asmussen. Das fühlte sie besser, als er es selbst noch wußte. Das aber war die Einsamkeit für den Rest des Lebens. Wie kalt und traurig war doch die ganze Welt!

Wann war es zum ersten Mal gewesen? Wann war die erste Ahnung durch die Luft gegangen? Die Kinder wußten es nicht mehr. Als sie eines Morgens erwachten, war es da. Eine starke Seligkeit rann durch ihr Inneres. Der neue Tag grüßte mit schöner Hoffnung. Sie sprangen mit beiden Beinen aus dem Bett und waren im Handumdrehen mit der Morgentoilette fertig. Als sie dann in die graue Dezemberfrühe hinauskamen, sahen sie wohl, daß die Welt eine andere geworden war. Es war noch immer der halbdunkle Marktplatz; im Gastzimmer saß Lorenz Asmussen bei der ersten Morgenpfeife; ein verschlafenes Dienstmädchen huschte eilig über die Straße und verschwand im Krämerladen. Es war ganz dasselbe und war ganz anders. Es ging wie ein Traum durch alle Dinge. In allen Häuserwinkeln schliefen dunkle Stimmungen. Die Kinder begriffen es nicht. Sie waren nie so lustig in den großen Korridor der Schule hineingesprungen, aber sie wußten im Grunde nicht warum. Da fuhr es einem wie eine Offenbarung durch die Seele. Es wollte Weihnachten werden. Es sprang von einem zum andern. Der Unterricht vermochte es nicht zu bannen; es lief durch alle Bankreihen und rief die Kinderträume wach. Es wollte Weihnachten werden! Der Lehrer bekam einen hehren Glanz. Den Frost draußen hatte Andersen gedichtet. Der Ofen summte genau wie in den Wintergeschichten. Die ganze Welt war ein Märchen geworden.

Die Stimmung verschwand mitunter. Sie konnte von den Ereignissen des Tages überschüttet werden. Dann war es wieder der gewohnte Marktplatz, dann stand ihnen morgen die Schule bevor; dann waren es kleine Menschen, die kleine Sorgen hatten. Der Schatz in ihrem Innern aber ließ sich nicht lange vergraben. Es wehte sie plötzlich an, daß Weihnachten näher kam. Um alle Menschen und alle Erscheinungen war wieder ein festlicher Hauch, als kämen sie alle aus dem schneebedeckten Land des Mädchens und sollten ewig im Wunderland des Märchens leben. Eine goldene Sonne funkelte durch den kalten klaren Wintertag. Als das Fest näher kam, ging ihre Stimmung auf die Großen über. Eine stille Weihe lag auch für die Großen über diesen Wochen. In ihrem Innern schwiegen manche Stimmen, die sonst am Alltag so häßlich laut gewesen waren. Der große Sonntag des Winters kam näher. Sie wollten ihn mit guten Gedanken begrüßen.

In Asmussens Hause gab es ein Zimmer, das nur in der Weihnachtszeit geöffnet wurde; es war das Wohnzimmer, in dem er mit seiner verstorbenen Frau alle hohen Tage ihres Lebens begangen hatte. Am Tage nach ihrer Hochzeit hatten sie hier zusammen den Nachmittag verbracht und das Zimmer eingeweiht. Wenn einer von ihnen Geburtstag hatte, waren hier die Nachbarn fröhlich zusammengekommen. In Asmussens Erinnerung waren alle schönen Tage mit diesem festlichen Zimmer verbunden. In den letzten Jahren der Ehe aber hatten sie es niemals mehr betreten. In den letzten Jahren der Schwindsucht mochte die Frau das gewöhnliche Krankenzimmer nicht mehr verlassen. Es gab für sie und Asmussen keinen Festtag mehr, es gab nur noch ein stilles Beieinandersitzen, es gab an jedem Abend einen wehmütigen Abschied und die Furcht vor dem großen und schweren, der ihnen bevorstand. Die Frau hing bis zur letzten Sekunde mit allen Fasern am Leben fest. An einem dämmerigen Novemberabend aber war sie doch den bitteren Tod gestorben. Nach dem Begräbnis waren die Leidtragenden noch einmal in der festlichen Wohnstube bei einem Glase Wein zusammengekommen. Dann hatte Asmussen den Schlüssel umgedeht und abgezogen. Der eingeschlossene Sonntag des Hauses wohnte hier. Es konnte nur geöffnet werden, wenn wieder ein Sonntag kam. (Fortsetzung folgt.)

Vorbei.

Das ist der alte Baum nicht mehr,
der damals hier gestanden,
auf dem ich gesessen im Blütenmeer
über den sonnigen Landen.

Das ist der Wald nicht mehr, der sacht
vom Berge rauschte nieder,
wenn ich vom Liebchen ritt bei Nacht,
das Herz voll neuer Lieder.

Das ist nicht mehr das tiefe Tal
mit den grasenden Rehen,
in das wir nachts viel tausendmal
zusammen hinausgesehen.

Es ist der Baum noch, Tal und Wald,
die Welt ist jung geblieben,
du aber wurdest seitdem alt,
vorbei ist das schöne Lieben.

Eichendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131030-16/fragment/page=0009
DFG

Kleines Feuilleton.

Heereszahlen in der Geschichte.

Bei allen Heereszügen und Schlachten der Geschichte bis in das ferne Altertum hinein werden mehr oder weniger genaue Angaben über die Stärke der feindlichen Armeen gemacht. Meist sind sie in runden Ziffern gehalten und deuten schon darauf hin, daß sie kein allzu großes Vertrauen verdienen. Noch fragwürdiger sind freilich die Berichte über die Verluste in den einzelnen Schlachten oder bei ganzen kriegerischen Unternehmungen.

Professor Hans Delbrück aus Berlin hat am 6. und 7. Oktober am University College in London zwei Vorträge über die Zahlenangaben in der Geschichte gehalten und dabei die Bedeutung von Heeresziffern besonders hervorgehoben. Der Gelehrte knüpfte an die Tatsache an, daß Moltke bei Vionville zehn schlagfertige Armeekorps gar Hand hatte, aber von diesen nur zwei wirklich ins Gefecht bringen konnte. Der Rest der 400 000 Mann war nicht mit genügender Schnelligkeit vorzustoßen. Daraus zieht Delbrück den Schluß, daß manche Heeresziffer aus alter Zeit, sowohl für die Assyrer und Perser, für die Gallier und Germanen und andere Völker aus der Geschichte schlechthin gestrichen werden müssen. Attila, der Hunenfürst, soll 700 000 Mann von Deutschland über den Rhein nach Frankreich geführt haben. Das ist ganz undenkbar, wenn ein Moltke so viele Jahrhunderte später 500 000 Mann nur mit größter Schwierigkeit auf demselben Wege dirigieren konnte. Delbrück nimmt überhaupt die Geschichte der Heeresbewegungen von 1870 zum Prüfstein für diejenigen früherer Zeiten. Die Versorgung der Belagerungsarme um Metz von 200 000 Mann stellte eine der schwierigsten Aufgaben dar, die während des Krieges zu lösen waren. Wie soll es dann möglich sein, daß der Perserkönig Xerxes, wie Herodot mit verdächtiger Genauigkeit berichtet hat, 5 100 000 Mann nach Griechenland geführt haben sollte? Und doch ist die Zahl nur selten ernstlich angezweifelt worden. Wenn man den Weg verfolgt, den Xerxes mit seinem Heere zurücklegte, meist über ganz enge Gebirgspfade, durch Schluchten, abgesehen von der Ueberwindung solcher Hindernisse wie des Meeresarmes zwischen Asien und Europa, so kommt man zu dem Schlusse, daß von seiner Armee die letzten Leute kaum die persische Hauptstadt Susa verlassen haben konnten, als die ersten vor den Thermopylen eintrafen. Dies Fünfmillionenheer ist also einfach in die Sage zu verweisen. Delbrück ist sogar der Meinung, daß die Griechen damals an Zahl stärker waren als die Perser. Den Einwand, daß die Griechen diesen Einfall dann doch nicht als eine so große Gefahr bezeichnet hätten, und daß überhaupt „der König der Könige" sehr wohl eine größere Armee hätte aufstellen und nach Europa hinüberführen können, bekämpft Delbrück mit einem Vergleich, der die Lage der Schweizer gegen Karl den Kühnen betrifft. Der Burgundenfürst war den Schweizern weniger durch die Zahl als dadurch überlegen, daß seine Soldaten eine Armee von Rittern und berufsmäßigen Kriegern darstellten, während das Heer der Schweizer nur ein Aufgebot von Bürgern und Bauern war. Dem Volk aber genügte es nicht, den Ruhm des Sieges nur in diesem Nachteil zu suchen, sondern die Ueberlieferung fälschte die geschichtlichen Tatsachen sehr bald dahin, daß Karl der Kühne auch eine an Zahl gewaltige Uebermacht gehabt hätte. Ganz ebenso wird es auch bei den Griechen gewesen sein. Außerdem ließ sich die griechische Geschichtsschreibung den Widerspruch zuschulden kommen, daß die tapferen Perser, die mutigsten Krieger der damaligen Welt, mit Geißeln zur Schlacht getrieben werden mußten.

In der römischen Geschichte werden kaum weniger Korrekturen vorzunehmen sein. Die Ueberlegenheit der römischen Heere lag fast immer in der Manneszucht, aber auch sie bestanden aus Bürgern und Bauern und konnten einem militärischen Genie wie Hannibal nicht standhalten. Aber auch Hannibal war an Zahl zu schwach und konnte trotz seiner Siege im offenen Feld nicht daran denken, eine Belagerung der römischen Städte oder gar von Rom selbst mit hinreichender Schnelligkeit erfolgreich durchzuführen. Dennoch hätte das Ringen weit länger gedauert, wenn sich nicht damals das römische Heer durch den langen Felddienst allmählich zu berufsmäßigen Soldaten mit berufsmäßigen Offizieren ausgebildet hätte. Wie das zahlenmäßige Verhältnis beider Heere gewesen ist, läßt sich nicht einmal abschätzen und ist auch im Vergleich zu den berührten Tatsachen gleichgültig. Ganz ebenso wertlos sind die Feststellungen über die Heeresmassen der von den Römern besiegten germanischen und gallischen Stämme. Die Verführung, die Zahl der Gegner auf Hunderttausende anzugeben und dadurch den Ruhm des Siegers zu erhöhen, war zu groß, als daß schon die römischen Feldherrn, später das Volk und die Geschichtsschreiber ihr nicht hätten erliegen sollen. Wenn noch Friedrich der Große und Napoleon von der Stärke ihrer Heere keine genaue Kenntnis besaßen oder wenigstens keine genauen Angaben hinterlassen haben, so gilt dasselbe für Cäsar in verstärktem Grade. Daß die römischen Heere nicht besonders zahlreich gewesen sein können, geht schon daraus hervor, daß sie mit Germanien nicht fertig werden konnten und sich im wesentlichen damit begnügen mußten, die Grenzen des Reiches gegen Eindringlinge zu schützen. Es ist immerhin imposant, daß dies Ziel während des Kaiserreichs erreicht wurde, und zwar für etwa 300 Jahre, die längste Friedenszeit der Weltgeschichte.

Schließlich behandelte Delbrück den Einfall der Normannen nach England und stellte auch hier fest, daß die Zahl der Eroberer niemals sehr groß gewesen sein kann. Sie wären gar nicht imstande gewesen, große Armeen aufzubringen, sondern nur kleine Banden, die aber aus wirklichen Kriegern bestanden und daher selbst ein großes und reiches Land unterwerfen konnten, wenn es eines disziplinierten Schutzes entbehrte. Wilhelm der Eroberer hatte nicht 60 000, auch nicht einmal 32 000 Mann gehabt, wie die Geschichtsschreiber geglaubt haben, sondern nur 6000 bis 7000. Harald aber hatte ihnen wahrscheinlich nur 4000 Mann entgegenzustellen.

Wettbewerbe im Kochen.

Eine Reihe interessanter Preisausschreiben und Wettbewerbe auf dem Gebiete der edlen Kochkunst kommen bei der großen Londoner Kochausstellung zum Austrag. Nicht nur die vornehmsten Kochkünstler werden hier ihre raffinierten kulinarischen Kunstwerke zeigen, sondern noch größerer Wert ist auf praktische und pädagogische Zwecke gelegt. So gibt es z. B. einen Wettbewerb in guter Hausmannskost. Goldene und silberne Medaillen, Geldpreise und ehrenvolle Erwähnungen winken denen, die das nahrhafteste und wohlschmeckendste Mittagessen von vier Gängen im Preise von 5 Mk. herstellen können. Sodann werden Kochstunden für Volksschulklassen auf der Ausstellung veranstaltet. Täglich werden Schülerinnen verschiedener Unterrichtsanstalten einen praktischen Kurs durchmachen, der direkt für die Bedürfnisse der Arbeiterfamilien zugeschnitten ist. Die jungen Mädchen erlernen hier auch die beste Methode, ein gutes Essen, das wohl verpackt dem Hausvater nach seiner Arbeitsstelle getragen wird, zubereiten und anzurichten. Besondere Wettbewerbe sind für die Armeeköche vorgesehen; die Kochkünstler der verschiedensten Truppengattungen, auch der Garderegimenter, werden ihre Kräfte darin messen, genau nach Vorschrift und möglichst billig die richtigen Rationen für die Mannschaften herzustellen. Die Schiffsköche fechten wieder ihre Turniere für sich aus, denn die gastronomischen Ansprüche, die an sie gestellt werden, sind ganz andersartige als die, denen ihre Kollegen auf dem Lande zu genügen haben. Von anderen Wettbewerben seien die um die beste Herstellung dreier Saucen, einer Buttersauce, einer holländischen und einer Majonaisen-Sauce, und die treffliche Bereitung eines Frühstücks erwähnt. Die unverkennbare Schwierigkeit, die ein klassisches Kartoffelkochen bereitet, kommt in dem Preisausschreiben zum Ausdruck, das man für die tadellose Zubereitung dieser so wichtigen Knollenfrucht erlassen hat. Eine Abteilung für sich bildet die Krankenkost, für die Wettbewerbe von den größten Londoner Hospitälern ausgeschrieben sind.

Humor und Satire.

Schul-Humor. Bei der Durchnahme der Geschichte Joseph im Gefängnis fragt die Lehrerin: „Weiß jemand von euch, was ein Mundschenk ist?" Da meldet sich eine kleine Sechsjährige: „Ein Mundschenk ist ein Kuß."

Der Lehrer beschäftigt sich eben mit dem Dümmsten seiner Klasse. Auf keine seiner Fragen erfolgt eine Antwort. Da bläst der Hintermann ein: „Der Lehrer ist ein Esel."

„Nicht einsagen, er muß selber draufkommen!"

Krebsproletariat. „Die Krebse gefallen mir nicht; sie sind so mager und haben solche kümmerlichen Scheren." — „Tut mir leid, Frau Kommerzienrat, aber für det Jeld könn' Se keene Krebse mit Kuponscheren verlangen!"

Vom Kampfe der Frau.

Die bürgerliche Frauenwahlrechtsbewegung am Ende.

Zu dem politischen Bankerott des Frauenstimmrechtsverbandes ist folgendes festzustellen: Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht erweist sich als das, wofür wir ihn nach seinen ersten Kundgebungen gleich angesehen haben, als ein Tummelplatz für weibliche Wirrköpfe und Reaktionäre. Die wenigen, um so ehrenwerteren Ausnahmen werden nach und nach aus dem Verband hinausgedrängt, wenn sie sich nicht gefallen lassen wollen, daß der Verband das Gegenteil von dem anstrebt, was ursprünglich fast allgemein als sein Ziel aufgefaßt worden ist. Damit wird der Verband zur politischen Karikatur.

Schon bei den Debatten auf den Generalversammlungen dieses Verbandes mußte es auffallen, daß dabei eine Anzahl von Schwätzerinnen auftraten, die offenbar gar nicht wußten was Wahlrecht ist, und von denen man hätte glauben mögen, sie seien der Meinung, einem Verein gegen das Frauenstimmrecht anzugehören. Andere traten, bewußt oder unbewußt, für das preußische Dreiklassenwahlsystem ein. Solche Erscheinungen konnten in einer bürgerlichen Vereinigung nicht fehlen, in der sich so viele Bourgoisfrauen und Bourgoistöchter befinden, die aus Langerweile sich bei igrend etwas „betätigen", und aus Ehrgeiz von sich reden machen möchten. Ueber die Konsequenzen des Paragraphen in den Statuten des Verbandes, der das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht fordert, sind sich die meisten dieser „gebildeten" Damen offenbar erst nach ihrem Eintritt in den Verband klar geworden und sind dabei über ihre eigne Courage erschrocken. Jetzt heißt es für solche Elemente vor allem: Diese demokratische Forderung muß abgeschwächt oder schließlich gar ganz aus dem Programm des Verbandes gestrichen werden! — Bis jetzt hat man zwar mehrfach gestellte Anträge auf Streichung abgelehnt, aber das bedeutet nur eine Verzögerung der Streichung. Denn für die Streichung selbst ist eine Mehrheit vorhanden. Diese Mehrheit ist aber in sich gespalten, weil sie sich darüber nicht einigen konnte, was sie an die Stelle des bestehenden Paragraphen setzen soll. Aber „schöne Seelen finden sich", und so wird die Streichung, das heißt die Abänderung des Paragraphen in reaktionärem Sinne, nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Es wird damit wirklich nichts verloren, sondern es wird damit nur einer bisher bestandenen Heuchelei ein Ende gemacht, was niemals schaden kann.

Die Mitgliedschaft dieses Verbandes war sehr, sehr klein, wenn man bedenkt, daß Deutschland jetzt 65 Millionen Einwohner zählt. Dennoch taten die Damen, als hätten sie zuerst die Forderung des allgemeinen Wahlrechts für das weibliche Geschlecht gestellt; sie ignorierten die klassenbewußten Proletarierinnen, bei denen diese Forderung etwas Selbstverständliches war, und sie wichen, bis auf wenige Ausnahmen, ängstlich dem „roten Gespenst" aus.

Dieser kläglichen Ausgang, bei dem noch so viel Gescheei so wenig Wolle bleibt, ist kein Zufall. Er hängt zusammen mit der Bildung der großen reaktionären Masse bei den herrschenden Schichten, die sich durch die gewaltige Arbeiterbewegung unserer Zeit in ihren Vorrechten und deren Ausübung beeinträchtigt fühlen.

Die Frauen der Aristokratie sind geborene Gegnerinnen des allgemeinen Wahlrechts. Die Frauen der Bourgeoisie sind desgleichen Produkte des Milieus, in dem sie sich bewegen, und können nicht aus ihrer Haut heraus. So wenig es heute in der Bourgeoisie noch Leute wie Hecker und Struve gibt, so wenig gibt es heute mehr dort Frauen wie Luise Otto — in ihrer ersten Zeit — wie Luise Aston, wie Amalie Struve und wie Mathilde Annecke, welch letztere, allerdings als Gattin eines Sozialisten, zuerst in Deutschland das allgemeine Wahlrecht für die Frauen gefordert hat.

Die ungeheure Mehrzahl der Frauen der Bourgeoisie denkt wie ihre Männer. Sie sehen im allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht eine Waffe, mit welcher die Entrechteten die Vorrechte der herrschenden Klassen zwar nicht abschaffen, aber immerhin beeinträchtigen können. Diese Vorrechte sind es aber gerade, welche den Frauen der Bourgeoisie einen erhöhten Lebensgenuß sichern. Und um sich diesen zu erhalten, opfern sie gern tausendmal auf dem Altar des Mammonismus alle Ideale; mit diesen geben sie auch das allgemeine Wahlrecht dahin.

Und mit dem Mammonismus, der den Frauen der Bourgeoisie erst ermöglicht, ihre so eminent erhöhten Lebensansprüche zu befriedigen, ist auch der politische Stolz verschwunden. Diese Frauen treten in bürgerliche Parteien ein, die dem weiblichen Geschlecht das Zugeständnis des Wahlrechts prinzipiell verlagen, und plappern die feichten Gemeinplätze nach, mit denen jene Parteien beweisen wollen, daß das Volk für das allgemeine Wahlrecht „nicht reif" sei. Bei ihnen wird die politische Reife nach der Schwere des Geldbeutels gemessen.

Das sind die Gründe, aus denen die bürgerliche Frauenbewegung zugunsten des allgemeinen Wahlrechts unvermeidlich auf den Sand geraten mußte.

Dazu kommt auch noch, daß der Hochmut der Kapitalistenweiber gegenüber den männlichen und weiblichen Proletariern womöglich noch größer ist als der ihrer Männer. Frau Popelius mit ihrem Abkühlungsmittel gegen die „Sinnenlust" gehört noch zu der sanfteren Tonart. Aber man lese doch die zahllosen Gerichtsverhandlungen, in denen zutage tritt, wie Frauen aus der Bourgeoisie ihre Dienstboten behandeln und wie diese unter Hunger und Mißhandlungen zu leiden haben. Der Bauernprotz auf dem Dorfe malträtiert zwar auch oft seine Knechte und ist gegen das allgemeine Wahlrecht, weil er es seinen Knechten nicht gönnt und seinen Mägden erst recht nicht. Aber er wäre immer noch eher zu bewegen, dies Zugeständnis zu machen, als die Frauen der Bourgeoisie, unter denen natürlich die der Parvenüfamilien die schlimmsten sind.

So mußte der Versuch, den einige idealistisch angehauchte Ausnahmen unter den Frauen der Bourgeoisie unternahmen, mißlingen; man sieht, wie die in der Mehrzahl befindlichen halb und ganz reaktionären Elemente dieses Verbandes sich nicht weiter mitreißen lassen. Diese Elemente gönnen ja nicht den Männern des Volkes das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, und man hat von ihnen erwartet, sie würden es den Frauen des Volkes gönnen! Mangelhafte Psychologie!

Das Wahlrecht — und zwar das allgemeine — wird den Frauen durch die Arbeiterklasse erkämpft werden, welche zur Hüterin der Volksrechte berufen ist, nachdem die bürgerlichen Elemente dazu unfähig geworden sind.

Frauenbildung und gemeinsame Erziehung in Amerika.

Amerika ist von jeher das gelobte Land der Frauenbildung gewesen. Schon mit den Anfängen des Schulwesens in Kolonialzeiten sind die frühesten Entwicklungen der „Beschulung" des weiblichen Volkstels verbunden. Als die Gemeinde Watertown (Connecticut) den ersten amerikanischen Magister, Rich. Norcroß, an die Arbeit setzte (1659), mit dem Auftrage, die Kinder „Lesen und Schreiben und soviel Latein, als durch die hohe Gericht gewünscht", zu lehren, geschah dies zugleich mit der Anweisung, daß „der besagte Richard Norcroß" sich auch der lernbegierigen Mädchen annehmen solle, wenn es solche am Orte gebe. Drei solcher Mädchen machten von diesem, dazumal noch unerhörten Privilegium Gebrauch — die Pioniere der Frauenbildung auf dem amerikanischen Kontinent. Hundert Jahre waren darüber vergangen, als ein kleines Mädchen in Hatfield (Massachusetts) täglich auf den Stufen der dortigen Knabenschule saß, um die Brocken von dem ihren männlichen Kameraden bereiteten geistigen Mahl aufzufangen, und die Enkelin dieser geistig Hungernden und Dürstenden wurde die Gründerin einer der ältesten Frauen-Hochschulen des Landes (des Mt. Holyoke-Colleges), die jährlich Hunderten und Tausenden von Amerikanerinnen fast unentgeltlich die Güter der höchsten Bildung, wie die Schule sie nur auszuteilen hat, vermittelt, übertroffen von den „vier großen Frauen-Colleges": Vassar, Smith, Wellesley und Bryn Mawr. Im ganzen zählt man 58 bedeutende Frauen-Colleges in den Vereinigten Staaten, Anstalten, die den weiblichen Studierenden dieselben akademischen Ehren und Grade bieten, wie die übrigen Colleges und Universitäten sie dem studienbeflissenen Manne oder auch beiden Geschlechtern offerieren. Es muß nämlich gleich gesagt werden, daß der ungeheure Fortschritt der Frauenbildung in erster Linie nicht den Mädchenschulen und Frauen-Colleges, sondern den allgemeinen, auf das amerikanische Prinzip der Coeducation (des gemeinsamen Unterrichts für beide Geschlechter) gegründeten Erziehungswesen zu danken ist. Von den katholischen Seminaren und Instituten ähnlichen Charakters abgesehen, sind volle achtzig Prozent aller amerikanischen Colleges entweder vollständig oder in einem gewissen Umfange „coeducational". Vierhundert Colleges gibt es, in denen sich die weiblichen Studenten durchaus derselben Rechte erfreuen, wie der Bruder Studio. Besonders in den Studien für die gelehrten Berufe (professional training), sowie in der Unterweisung in technischen Fächern hängt für die Frauen Amerikas alles von der Coeducation ab, die natürlich unter Umständen mit einer Sonderung der Geschlechter im eigentlichen Unterricht wohl vereinbar ist. Die Neuyorker Kolumbia-Universität ist beispielsweise in ihrem Teachers-College (Lehrerinnen- und Lehrer-Akademie) rein coeducational, ebenso in den meisten anderen „professionellen Instituten", einschließlich ihrer neu eröffneten Journalistenschule, aber mit ihrer Akademie für Haushaltswissenschaften hat sie ihren weiblichen Studierenden im vorigen Jahre etwas Apartes dahingestellt. Was die eigentlichen „höheren Schulen" (die von der Elementarschule zum College führen) anbetrifft, so sind diese etwa noch zu Vierfünfteln coeducational, es läßt sich aber nicht verkennen, daß die öffentliche Meinung jetzt mehr auf Trennung der Geschlechter, zwar nicht in Form besonderer Mädchenschulen, aber doch separater Klassen für die beiden Geschlechter innerhalb derselben Schule abzielt. Man glaubt dadurch die Leistungsfähigkeit des Unterrichts zu heben, ohne die Kameradschaftlichkeit der Geschlechter zu beeinträchtigen. In den Elementarschulen ist und bleibt Coeducation allgemein und uneingeschränkt. Hier sind auch die Lehrkräfte, einschließlich derer in den obersten Klassen, samt der Schulleiter, beinahe ausschließlich weiblich, steht doch in Chikago, der zweitgrößten Stadt des Landes, eine Frau, Ella Flagg Young, an der Spitze des gesamten Schulwesens!

Notizen.

— Die fortschrittliche Frauenbewegung. Der Verband fortschrittlicher Frauenvereine hat auf seiner letzten Tagung, die der Besprechung des Problems „Beruf und Ehe" gewidmet war, beschlossen, sich in eine „Zentralstelle zur Erforschung des Problems Beruf und Ehe" umzuwandeln. Zwei Volkswirtschaftlerinnen und eine Sozialpolitikerin sind mit der Leitung beauftragt worden. Man kann im Zweifel darüber sein, ob die gestellte Aufgabe eine Verbandsarbeit im eigentlichen Sinne ist. Wahrscheinlich wird es so kommen, daß der Berliner Verein, und aus diesem heraus einige besonders interessierte und fähige Frauen, die Hauptarbeit leisten und den kleineren Vereinen die Propaganda für Erleichterung der ehefraulichen Berufsarbeit durch Schaffung und Verbesserung kommunaler Einrichtungen übertragen. Das eigentliche Studium der Frage kann wohl nicht von Vereinen, sondern nur von Einzelpersonen übernommen werden. — Der Verband fortschrittlicher Frauenvereine als solcher verschwindet somit.

— Der Antisemitenbund gegen die Frauen. Der Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation hat am 12. Oktober seine zweite Tagung in Berlin abgehalten. Neues wurde nicht vorgetragen. Die alten abgeleierten tausendmal widerlegten Gründe gegen die Frauenbewegung wurden noch einmal aufgetischt, und das einzig amüsante war vielleicht, daß Herr Oberlehrer Oberfohren-Siel die Zwecklosigkeit der Frauenbewegung damit zu beweisen suchte, daß ihr Ziel „die Frau in die öffentliche Tätigkeit einzuführen" ja erreicht sei. In mehr als 200 Städten seien schon im Jahre 1900 Frauen als Waisen- und Armenpflegerinnen und auch in der Vormundschaft, in der städtischen Säuglingsfürsorge, den Mutterberatungsstellen, ja selbst als Polizeiassistentinnen seien Frauen angestellt. Aber er verschwieg, daß die Eröffnung dieser Stellen für die Frauen von der Frauenbewegung im Kampf gegen die Kreise, aus denen der Antibund sich rekrutiert, durchgesetzt wurde.

Im übrigen tritt die antisemitische Tendenz des Bundes immer unverhüllter hervor. Herr Döring aus Hamburg und Herr Julius Werner aus Frankfurt sind seine Größen. Das genügt schließlich, um den Bund zu charakterisieren. Da der politische Antisemitismus abgewirtschaftet hat, muß er sich ein anderes Betätigungsfeld suchen, und das glaubt er im Kampf gegen die Frauenbewegung gefunden zu haben. Lassen wir ihm das Vergnügen!

— Eine Ersländerin Ehrendoktor der Bonner Universität. Die englische Zeitschrift Common Cauf, meldet, daß Lillien A. Martin, Professorin an der Stanford-Universität von der Universität Bonn zum Ehrendoktor der Philosophie ernannt worden ist. Der Titel wurde ihr in Anerkennung ihrer Verdienste um die experimentelle Psychologie und Aesthetik verliehen.

— Eine Richterin in Australien. Die Tochter des Richters Isaacs, die als hervorragende Juristin gilt, hat kürzlich als erste Frau in Australien das Richteramt ausgeübt. Sie fungierte als Hilfsbeamtin ihres Vaters beim Gerichtshofe. Miß Isaacs wird eine glänzende Laufbahn vorausgesagt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131030-16/fragment/page=0010